



## Presseschau vom 24.03.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

### rusvesna.su: **Befreiung von Mariupol: Marineinfanterie von Noworossija gegen die der Ukraine**

Seit dem 24. Februar 2022 richtet sich die Aufmerksamkeit der gesamten Weltgemeinschaft auf die spezielle Militäroperation, die Russland mit dem Ziel durchführt, die Länder des historischen Kleinrusslands, Noworossija und Podolien (jetzt Teil der Ukraine, kurz UG) zu demilitarisieren und zu entnazifizieren. ...

<https://rusvesna.su/news/1648060864> bzw. [automatische Übersetzung](#)

### **Boris Litwinow: Rückkehr zum Leben**

Am Morgen des 21. März nahm ich zwei Korrespondenten von Online-Medien „an Bord“ und verließ Donezk, das bereits seit fast einem Tag unter Beschuss stand. Unsere Route führte in den Süden der DVR, in den Bezirk Nowoasowsk, zu dem Ort, wo die aus der Hölle von Mariupol entkommenen Flüchtlinge eintreffen. ...

<http://wpered.su/2022/03/23/ruckkehr-zum-leben/>

### de.rt.com: **"Bis Freitag Dreadlocks abschneiden" – Fridays for Future schmeißt Musikerin wegen Frisur raus**

Fridays for Future ruft für Freitag weltweit zu Demonstrationen auf. Bei einer Kundgebung in Hannover sollte auch die Sängerin Ronja Maltzahn auftreten. Doch die Aktivisten luden die Künstlerin wieder aus – wegen ihrer Dreadlocks. Die Frisur sei "kulturelle Aneignung". ...

<https://kurz.rt.com/2vt8> bzw. [hier](#)

### *Elem Raznochintsky: Ukraine-Teilung? Polen will ein Stück vom Kuchen*

Seit dem Beginn der militärischen Operation Moskaus in der Ukraine ist die geostrategische Gerüchteküche am Köcheln. Einige bisherige taktische Entscheidungen der östlichen NATO-Staaten weisen darauf hin, dass der Ukraine ein aufgeteiltes Schicksal blüht. Besonders Polen scheint sich auf eine proaktive Teilnahme an der territorialen Neuordnung des östlichen Nachbarn einzustellen. Und das schon sehr bald. ...

<https://kurz.rt.com/2vsz> bzw. [hier](#)

### *Jelisaweta Koroljowa: RT-Reportage: Wie die Menschen in Mariupol unter Beschuss überlebten*

Fast 60.000 Einwohner von Mariupol sind in den letzten drei Tagen nach Russland evakuiert worden. RT hat mit den Evakuierten aus Mariupol darüber gesprochen, wie sie drei Wochen unter Beschuss überlebt hatten und dann die Stadt verlassen konnten. ...

<https://kurz.rt.com/2vta> bzw. [hier](#)

### de.rt.com: **Vor 23 Jahren begann der NATO-Krieg gegen Jugoslawien**

Am Abend des 24. März 1999 bombardierten die USA und ihre NATO-Verbündeten zum ersten Mal Belgrad und andere serbische Städte. Der Krieg kehrte nach Europa zurück. Wir blicken auf die heute fast vergessene Zeitenwende zurück. ...

<https://kurz.rt.com/2vtg> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

20:53 (18:53) iz.ru: **Rogosin kommentierte die Möglichkeit, Russland vom GPS zu trennen**

Technisch gesehen sei es ziemlich schwierig, Russland vom GPS-Satellitenkommunikationssystem zu trennen. Das teilte der Chef des staatlichen Unternehmens Roskosmos, Dmitri Rogosin, am Mittwoch, dem 23. März, mit. „Wir hatten Informationen, dass solche Sanktionen von den Vereinigten Staaten erwogen wurden. Aber ich möchte sagen, dass es technisch sehr schwierig ist, dies zu tun. Erstens, weil die GPS-Orbitalkonstellation nicht selektiv in Richtung Russland und nicht in Richtung anderer Kontinente, anderer Länder ausgeschaltet werden kann“, sagte er auf Channel One. Letzte Woche, am 19. März, sagte Rogosin, dass man im Rahmen der US-Sanktionen erwäge, Russland von GPS abzuschneiden. Er forderte die Russen auf, sich darüber keine Sorgen zu machen, da jedes Smartphone mit dem russischen Global Navigation Satellite System (GLONASS) verbunden sei, das in diesem Fall weiterhin funktionieren werde. Einen Tag zuvor sagte US-Außenminister Anthony Blinken, dass die US-Sanktionen gegen Russland in Kraft bleiben würden, bis Moskau seinen Kurs ändert. ...



[https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/RIAN\\_993572.HR\\_ru.jpg?itok=atfkyd8C](https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/RIAN_993572.HR_ru.jpg?itok=atfkyd8C)

22:27 (20:27) ir.ru: **Deutschland bespricht mit Partnern Zahlung für russisches Gas in Rubel**

Die Bundesregierung wird mit europäischen Partnern die Entscheidung Moskaus erörtern, russisches Gas gegen Rubel zu liefern. Das teilte der Wirtschaftsminister des Landes, Robert Habek, am Mittwoch, 23. März, mit.

„Die Bundesregierung wird dies mit europäischen Partnern erörtern“, zitierte die deutsche Agentur dpa den Minister.

Habek bezeichnete die Absicht Russlands, Gas in Rubel zu bezahlen, als Vertragsbruch. Er betonte auch, dass Russland mit dieser Entscheidung "einmal mehr zeigt, dass es kein stabiler Partner ist".

Am 23. März kündigte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit der Regierung der Russischen Föderation an, dass das Land Zahlungen für Gaslieferungen an unfreundliche Länder in Rubel überweisen werde. Er wies darauf hin, dass die jüngsten Ereignisse auf den Verlust der Zuverlässigkeit westlicher Währungen hindeuten. Der Präsident wies die Zentralbank und das Ministerkabinett an, innerhalb einer Woche das Verfahren für Transaktionen mit Europa in Rubel festzulegen. Gleichzeitig sagte Putin, Russland werde weiterhin Gas in Mengen und zu Preisen liefern, die in früheren Verträgen festgelegt wurden, da das Land seinen Ruf schätze.

Der Vorsitzende des Branchenverbands Zukunft Gas, Timm Köhler, sagte früher am Tag, in

Deutschland sei die Nachricht über den Übergang zur Abrechnung in Rubel "mit großer Verwirrung" aufgenommen worden. Ihm zufolge sei noch nicht klar, wie sich dies auf den Gashandel auswirken werde.

Auch die italienischen Behörden sind besorgt über die Entscheidung Moskaus. Laut einem Berater des Ministerpräsidenten des Landes ist die Umstellung auf die Bezahlung von Gas in Rubel eine Möglichkeit, die Sanktionen zu umgehen, die seit Beginn der Sonderoperation in der Ukraine gegen Russland verhängt wurden.

Österreich hat unterdessen angekündigt, Gaslieferungen gemäß dem aktuellen Vertrag weiterhin in Euro zu bezahlen.

Wie Grigory Sosnowskij, Direktor des regionalen Netzwerks von BCS Mir Investments für wohlhabende Kunden, gegenüber Iswestija sagte, sehe die Entscheidung, russische Gaszahlungen in die Rubelzone zu transferieren, nach einer mutigen und angemessenen Initiative aus, aber bisher sei dies der erste Schritt auf dem langen Weg zur Entdollarisierung der russischen Wirtschaft.

Der Akademiker der Russischen Akademie der Wissenschaften Alexander Nekipelow unterstützte seine Position. Der Experte stellte fest, dass die Bezahlung von Gas in Rubel „ein Schritt in die absolut richtige Richtung“ sei und westliche Länder dazu zwingen könne, ihre Waren in Rubel an die Russische Föderation zu liefern.

Darüber hinaus wurde heute berichtet, dass sich der Rubel vor dem Hintergrund der Entscheidung des russischen Präsidenten gegenüber dem Dollar und dem Euro merklich gestärkt hat. Gleichzeitig überstieg der Gaspreis in Europa 1.500 \$ pro 1.000 Kubikmeter. m zum ersten Mal seit Anfang März.



[https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/20220308\\_gaf\\_u39\\_901.jpg?itok=Ygd-1xWL](https://cdn.iz.ru/sites/default/files/styles/900x506/public/news-2022-03/20220308_gaf_u39_901.jpg?itok=Ygd-1xWL)

### 21:45 de.rt.com: **US-Politikprofessor: Westen trägt Hauptverantwortung für Ukraine-Krise**

Der berühmte Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer widerspricht dem westlichen Narrativ, dem zufolge die Hauptverantwortung für die aktuellen Ereignisse in der Ukraine bei der russischen Regierung liegt.

Der angesehene US-amerikanische Experte für internationale Beziehungen John J. Mearsheimer hat einen Meinungsbeitrag in der Zeitschrift Economist veröffentlicht, in dem er die Hauptverantwortung für die Ukraine-Krise bei den westlichen Staaten sieht. Zweifellos sei Putin für den Beginn des Krieges verantwortlich und für die Art, wie er geführt wird. Warum es zu dieser Situation kam, sei jedoch eine andere Frage. Der westliche Mainstream glaube, dass der russische Präsident irrational handle und die Schaffung eines russischen Großreiches anstrebe. Daher sei allein er für diese Krise verantwortlich. US-amerikanische und europäische Politiker provozierten Mearsheimer zufolge eine

Zuspitzung der Ukraine-Krise, indem sie versuchten, die Ukraine in den Westen zu integrieren. Der Westen versuche nun, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Schuld für die Eskalation zu geben, so der Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Chicago, "aber diese Geschichte ist falsch".

"Der Westen, und insbesondere Amerika, ist hauptverantwortlich für die Krise, die im Februar 2014 begann. (Die Krise) hat sich inzwischen zu einem Krieg ausgeweitet, der nicht nur die Ukraine zu zerstören droht, sondern auch das Potenzial hat, zu einem Atomkrieg zwischen Russland und der NATO zu eskalieren."

Seiner Ansicht nach ist die Ukraine-Krise "der gefährlichste internationale Konflikt seit der kubanischen Raketenkrise 1962". Dass der Westen derzeit seine Hilfe für die Ukraine erhöht, während er gleichzeitig Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, sei ein Schritt, den Putin als "eine Art Kriegserklärung" betrachte.

Um einen Weg zur Beendigung der Krise zu finden, sei es wichtig, die Ursachen für deren Entstehung zu verstehen. Der Konflikt über die geopolitische Ausrichtung der Ukraine habe auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 begonnen, als der damalige US-Präsident George W. Bush das Militärbündnis dazu drängte, anzukündigen, dass die Ukraine und Georgien Mitglieder werden, heißt es in dem Artikel. Das habe Putin sehr verärgert. Ende 2021 habe der Westen die Sicherheitsbedenken Russlands ignoriert und an der Absicht festgehalten, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, was direkt zum aktuellen Krieg geführt habe, schreibt Mearsheimer.

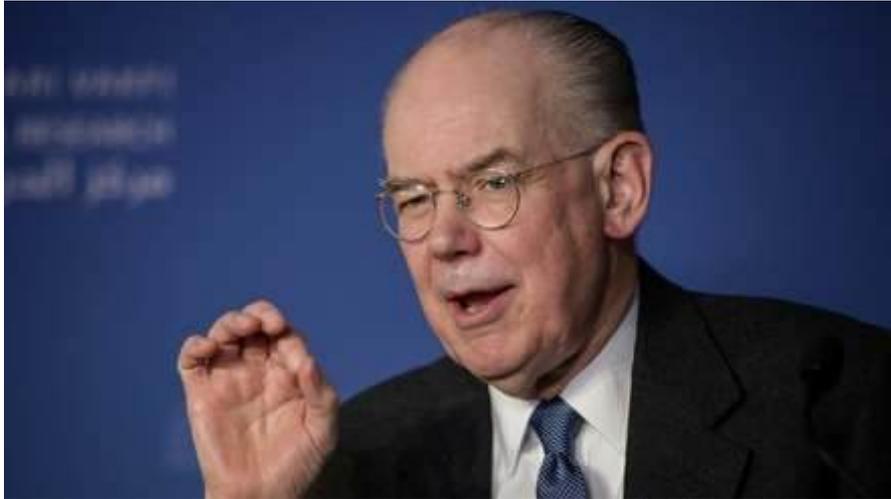
Darüber hinaus hätten russische Politiker, im Gegensatz zu dem im Westen verbreiteten Narrativ, nichts "über die Eroberung neuer Gebiete gesagt, um die Sowjetunion wiederherzustellen oder ein größeres Russland aufzubauen", so der Experte und fügte hinzu, dass die russische Führung wiederholt erklärt habe, dass sie den NATO-Beitritt der Ukraine als "existenzielle Bedrohung" betrachte, die verhindert werden müsse. Nach dem Ausbruch der Krise durch den Maidan-Putsch im Jahr 2014 konnten laut Mearsheimer die NATO-Verantwortlichen nicht zugeben, dass sie für die Provokation gegenüber Russland verantwortlich waren durch ihren Versuch, die Ukraine in die westliche Einflusszone zu integrieren.

"Sie erklärten, die wahre Ursache des Problems sei der Revanchismus Russlands und sein Wunsch, die Ukraine zu beherrschen, wenn nicht gar zu erobern."

Seit den späten 1990er Jahren hätten viele westliche Experten vor einer weiteren Ostexpansion der NATO gewarnt.

"Das Ergebnis meiner Interpretation ist, dass wir uns in einer extrem gefährlichen Situation befinden, und die westliche Politik verschärft diese Risiken. Für die russische Führung hat das, was in der Ukraine passiert, wenig damit zu tun, dass ihre imperialen Ambitionen durchkreuzt werden; es geht darum, mit dem umzugehen, was sie als direkte Bedrohung für Russlands Zukunft ansieht."

Lawrow habe richtigerweise bereits im Januar dieses Jahres festgestellt, der Schlüssel zu allem sei die Zusicherung, dass es zu keiner weiteren NATO-Ostexpansion kommt, so Mearsheimer.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b033db480cc7d0b395bc7.jpg>

21:50 de.rt.com: **Pentagon: Keine Anzeichen für Beteiligung Weißrusslands an russischer Militäroperation in der Ukraine**

Laut Pentagon sehen die USA bisher keine Anzeichen dafür, dass sich Weißrussland auf eine Beteiligung an Russlands Sondereinsatz in der Ukraine vorbereite. Pentagon-Sprecher John Kirby wörtlich:

"Nein, wir sehen keine Anzeichen dafür."

Zuvor hatte US-Außenminister Antony Blinken Weißrussland als Komplize der russischen Militäroperation in der Ukraine bezeichnet und dem Land mit härteren Sanktionen gedroht, sollte Minsk Moskau weiterhin unterstützen.

22:00 de.rt.com: **Russische Korrespondentin bei Beschuss in Kiew verstorben**

Oksana Baulina, Journalistin der Zeitung The Insider (in Russland als ausländischer Agent eingestuftes Medium), soll in Kiew während des Beschusses getötet worden sein.

Nach Angaben von The Insider soll Oksana Baulina die durch Raketenbeschuss verursachten Zerstörungen in Kiew gefilmt haben. Dabei sei sie in erneuten Beschuss geraten und tödlich verwundet worden. Vor The Insider arbeitete sie für Alexei Nawalny bei der Anti-Korruptions-Stiftung, die als extremistische Organisation eingestuft ist.

0:06 (22:06) rusvesna.su: **Schwiegervater von Igor Strelkow starb in der Nähe von Awdejewka**

Der Schwiegervater des ehemaligen Verteidigungsministers der DVR, Igor Strelkow, starb durch die Kugel eines Scharfschützen in der Nähe von Awdejewka.

„Heute, vor drei Stunden, starb mein Vater durch eine Scharfschützenkugel in der Nähe von Awdejewka an der Front – Sergeant Sitolenko, Sergej Gennadjewitsch, geboren am 09.06.1970, Rufzeichen „Syty“, der seit dem Sommer 14 kämpfte und im 3. Bataillon der 3. Brigade der Volksmiliz der DVR diente.

In den ganzen 8 Kriegsjahren hatte er keinen einzigen Kratzer, und jetzt brachten sie ihn nicht einmal in die medizinische Abteilung.

Er wollte in der Heimatstadt Artjoms (Werchnetorezkij) begraben werden, die erst heute endlich befreit wurde.

Vor nur drei Stunden hat er zusammen mit dem Kommandeur humanitäre Hilfe von Prapor in Makejewka erhalten, lange mit ihm telefoniert, diese Fotos geschickt...

Papa, ruhe in Frieden. Der Sieg wird unser sein“, [schreibt](#) Strelkows Frau Miroslawa Reginskaja.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/sUpNo8v0AxRwA5g6-JLE09HEhiKAUsFzHoAcrHMadse\\_PtzDL31DP\\_YWyDUJ4UHG9Pi93zH1akFNyUegXewIUQuXGuZy4bYPUhphdT570bQkVDNxcFQJUIXahSmHRY5NQ7GiBhJKzIQvR-gzkGN3O8ehIYOKjnvLoRz6Jt6lkwIYO5qF9WkAooJWSzVtc3vCHxdd03RToFCHW7zbG6z5ucbktqoLiGRhIL96pvlFyDUYy6D0-bg9x5MuXqc0Uu6SYgNT2Nt8oXw4uRCsUJsstXS9nR8ej46oC675j9\\_FzV2V3Gu5\\_BwMFPO4B9ztk5ZCgw\\_bL2wj\\_4ElyKLkS-Yt9A.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/sUpNo8v0AxRwA5g6-JLE09HEhiKAUsFzHoAcrHMadse_PtzDL31DP_YWyDUJ4UHG9Pi93zH1akFNyUegXewIUQuXGuZy4bYPUhphdT570bQkVDNxcFQJUIXahSmHRY5NQ7GiBhJKzIQvR-gzkGN3O8ehIYOKjnvLoRz6Jt6lkwIYO5qF9WkAooJWSzVtc3vCHxdd03RToFCHW7zbG6z5ucbktqoLiGRhIL96pvlFyDUYy6D0-bg9x5MuXqc0Uu6SYgNT2Nt8oXw4uRCsUJsstXS9nR8ej46oC675j9_FzV2V3Gu5_BwMFPO4B9ztk5ZCgw_bL2wj_4ElyKLkS-Yt9A.jpg)

## 22:18 de.rt.com: **USA beschuldigen Russland, in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen zu haben – zu Recht?**

Die USA beschuldigen Russland, in der Ukraine Kriegsverbrechen zu begehen. Dabei sind die Beweise, die sie dafür vorlegen, mehr als zweifelhaft. Washington verlangt, dass Moskau sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantwortet, obwohl die USA dieses Gericht selbst nicht anerkennen.

Wie das Portal CNBC heute meldet, beschuldigen die USA Russland offiziell, in der Ukraine Kriegsverbrechen zu begehen beziehungsweise begangen zu haben. Demzufolge gab Außenminister Antony Blinken am Mittwoch bekannt, dass die Regierung der Vereinigten Staaten der Ansicht sei, dass Russland in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen hat und strafrechtlich dafür zur Verantwortung gezogen werden sollte.

### **Behauptungen des US-Außenministers**

Dem Portal zufolge wies Blinken erneut auf die angebliche Brutalität des russischen Vorgehens in der Stadt Mariupol hin und verglich sie mit ähnlichen russischen Offensiven in Grosny im zweiten Tschetschenienkrieg und Aleppo während des syrischen Bürgerkriegs. "Die russischen Streitkräfte haben Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, kritische Infrastruktur, zivile Fahrzeuge, Einkaufszentren und Krankenwagen zerstört, wobei Tausende

unschuldiger Zivilisten getötet oder verwundet wurden", behauptete Blinken. Viele der von den russischen Streitkräften getroffenen Gebäude seien "eindeutig als von Zivilisten genutzte Gebäude erkennbar" gewesen, meinte Blinken und führte als Beispiele die häufig erwähnte Bombardierung des Gebäudes einer früheren Entbindungsklinik in Mariupol und eines Theaters an, auf dem "in großen, vom Himmel aus sichtbaren Buchstaben" auf Russisch das Wort "Kinder" zu lesen gewesen sei. Die Einschätzung der USA beruhe auf öffentlich zugänglichen Informationen und nachrichtendienstlichen Quellen, erläuterte Blinken. Während der Erklärung des Außenministers war Präsident Joe Biden bereits auf dem Weg zum G7-Gipfel, der in dieser Woche in Brüssel stattfindet.

### **USA setzen auf ein Gericht, dem sie selbst wohlweislich nicht angehören**

Blinken vertrat die Ansicht, dass die Frage nach der Schuld oder Unschuld Russlands letztlich vor Gericht geklärt werden müsse. Auch wenn er ihn nicht namentlich erwähnte, ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) traditionell für Fälle mutmaßlicher Kriegsverbrechen zuständig.

Die Vereinigten Staaten sind allerdings selbst nicht Mitglied des IStGH. Der Gerichtshof wurde 2002 gegründet, um internationale Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen. Zum Zeitpunkt seiner Gründung führten die USA den Krieg in Afghanistan und bereiteten die Invasion im Irak vor.

Die Entscheidung, diese Einschätzung jetzt zu veröffentlichen, dürfte kaum zufällig erfolgt sein. Das Weiße Haus hat wochenlang eine lange Liste sogenannter "Deliverables" – fertiger Vorschläge – vorbereitet, die Biden zu den Brüsseler Gipfeltreffen mitbringen soll – konkrete Maßnahmen, Positionen und Verpflichtungen der USA, um Amerikas "unerschütterliche Loyalität zur NATO" und seine Unterstützung der Ukraine zu demonstrieren.

### **Gefärbte Berichterstattung von CNBC**

Bemerkenswert an der CNBC-Meldung erscheint aber weniger der abschließende, erklärende Absatz, der das russische militärische Vorgehen in der Ukraine – wie üblich – als "brutal" und "unprovokiert" beschreibt. Zudem wird eines der russischen Kriegsziele als bloß "falscher Vorwand" hingestellt: Die Ukraine entnazifizieren zu wollen, sei besonders zynisch, wenn man bedenke, dass die Ukraine von einem "geliebten Präsidenten", Wladimir Selenskij, "geführt" werde, "der selbst ein jüdischer Nachkomme von Holocaust-Überlebenden ist". CNBC blendet dabei die Geschichte des Putsches in der Ukraine in den Jahren 2013/ 14 und die bestimmende Rolle der ultranationalistischen und faschistischen Parteien und extremistischen Formationen vollständig aus, die sie für den Regimewechsel vor acht Jahren gespielt haben und die sie seither in der ukrainischen Politik spielen.

Pikanterweise illustriert CNBC seine Meldung mit Bildern aus Mariupol, die teilweise sogar vom faschistischen Asow-Regiment stammen. In einer früheren Version des Artikels dienten Bilder des Kiewer Einkaufszentrums "Retroville" dem vermeintlichen Nachweis russischer Kriegsverbrechen. Doch inzwischen ist anhand umfangreichen Videomaterials evident, dass der Gebäudekomplex in Kiew zweckentfremdet und vom Militär und/ oder nationalistischen Formationen genutzt wurde. Anders sind die gewaltigen Explosionen und Zerstörungen nach dem russischen Raketenangriff kaum zu erklären: Das Einkaufszentrum war inzwischen wahrscheinlich als Munitionslager genutzt worden.

Ebenso konnten mittlerweile mehrere detaillierte Analysen der Videos von angeblichen Angriffen auf die Geburtsklinik in Mariupol belegen, dass die Aufnahmen gestellt waren und erst nach der Verlegung der Klinik entstanden. In der Zwischenzeit hatten nationalistische Formationen die Klinikgebäude als Schutz für ihre Stellungen requiriert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623b812448fbef5e715ee6d6.jpg>

0:30 (22:30) rusvesna.su: **Das Pentagon kündigte die Lieferung des bisher größten Militärhilfepakets an die Ukraine an**

Ein hochrangiger Pentagon-Beamter sagte, dass die USA planen, diese Woche im Rahmen ihres größten Militärhilfepakets in Höhe von 800 Millionen US-Dollar mit Lieferungen an die Ukraine zu beginnen, und glauben, dass die Umsetzung „viele Tage“ dauern werde.

„Die nächste große Tranche von 800 Millionen Dollar, die der Präsident (der USA, Joe Biden – Red.) genehmigt hat, sollte eintreffen ... innerhalb des nächsten Tages oder so“, sagte ein hochrangiger Pentagon-Beamter bei der Besprechung.

Um die gesamte Militärhilfe der Ukraine zu liefern, seien mehrere Transportflüge „über viele Tage“ erforderlich.

Die Flugzeuge landen in Nachbarländern der Ukraine, von wo aus Waffen und Munition per Lastwagen ins Land geliefert werden.

Die USA schließen derzeit die Lieferung von Militärhilfe aus einem früheren Paket von 350 Millionen Dollar ab, sagte der Beamte.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node\\_pic/public/1200px-the\\_pentagon\\_january\\_2008.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/1200px-the_pentagon_january_2008.jpg)

1:00 (23:00) rusvesna.su: **Die USA drohen damit, China für die Lieferung von Chips an Russland unter Umgehung der Sanktionen zu „bestrafen“.**

Die Vereinigten Staaten würden chinesische Unternehmen nicht mehr mit ihrer Software beliefern, wenn sie unter Umgehung von US-Sanktionen Halbleiter nach Russland liefern, sagte Gina Raimondo, Chefin des US-Handelsministeriums, am Mittwoch.

„Wenn wir feststellen, dass sie Chips an Russland verkaufen, können wir sie im Grunde blockieren, indem wir ihnen den Zugriff auf die Software verweigern. Wir sind absolut bereit dazu“, sagte Raimondo in einem Interview mit Reuters.

Wie die US-Handelsministerin betonte, sei Washington bereit, alle Unternehmen aus allen Ländern zu „bestrafen“, die versuchen, gegen die Exportkontrollmaßnahmen zu verstoßen, die wegen der Situation in der Ukraine gegen Russland eingeführt wurden.

#### 6:28 (4:28) rusvesna.su: **„Die Welt hat die Doppelzüngigkeit der USA gegenüber Russland satt“: China stellte sich offen auf Russlands Seite**

Die Vereinigten Staaten hätten nach ihren eigenen Kriegsverbrechen im Irak kein Recht, Russland wegen der Lage in der Ukraine zu verurteilen, schreibt die chinesische Zeitung South China Morning Post.

Der Einmarsch amerikanischer Truppen sei ein eklatanter Verstoß gegen die UN-Charta gewesen, so die Publikation, und die gesamte Nahost-Region leide noch immer unter den Folgen.

„Der unprovokierte Angriff auf den Irak, der durch Lügen und Betrug gerechtfertigt wurde, und die anschließende Besetzung des Landes waren nicht nur ein großer strategischer Fehler, sondern auch eine lange Reihe von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, heißt es in dem Artikel.

Der Autor glaubt, dass Washingtons Versuche, Russland die Schuld zu geben, die Duplizität des Weißen Hauses zeigen.

„Die Welt hat es satt, dass Amerika immer wieder Länder, die es nicht mag, als ‚Schurken‘ verurteilt und dann im Namen von Rechtschaffenheit und internationaler Gerechtigkeit einen Amoklauf unternimmt“, schloss der SCMP-Autor.

Der Publizist forderte die USA auf, sich nicht als „Superheld“ zu betrachten, der versuche, „ungestraft die Unschuldigen zu retten und die Schurken zu bekämpfen“.

#### 7:24 (5:24) rusvesna.su: **Beweise für die bevorstehende Offensive der Streitkräfte der Ukraine auf der Krim**

Das russische Verteidigungsministerium [zeigt](#), wie Pioniere ukrainische Minen aus der Region Cherson räumen, die anstelle von Buchweizen, Weizen und Mais buchstäblich über das Ackerland gestreut wurden. 8 Jahre lang nutzten die BFU Cherson als Sprungbrett für eine Offensive und legten Tausende von Minen auf den Feldern in der Region aus, so dass die Einheimischen die Möglichkeit verloren, den fruchtbaren Boden für den Anbau von Brot, Mais und anderen Produkten zu nutzen. "Die BFU haben die Felder geräumt und Minen gelegt, wir danken dem russischen Militär für die Beseitigung", bedankte sich ein Anwohner bei den Pionieren der russischen Armee, die insgesamt rund 760 Panzerabwehrminen und über 12.000 Sprengkörper beseitigt haben.

Und von den ukrainischen Streitkräften in der Region Cherson beschlagnahmte Karten, auf denen Nazi-Stellungen und Minenfelder mit geräumten Korridoren für Panzer zu sehen sind, beweisen, dass die russische Spezialoperation Pläne für eine Offensive auf der Krim vereitelt hat.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/iSa\\_HTqEqximRD6zkly5IZ5DopvBJjkAqgvu91e9wZKqhBxPCfaEZxMbjLpIGQMGUF3N83Y51fTbQMOblLaGOIcYse8-ox4tUf4dG8zC5-puXquuBrsVwCwDQcKAo1EHfIEKfxY\\_p2c4a2N6w769Iq3rzE1eQRDv1C-GkK6i8SIqFnOY\\_eBW95ucn4j7GMir-U\\_q9nytmNWIXwRKtF8kw\\_TxVFef6dIOE60fPAoYVdvzFzJwxSUDn-ZmC6QqcRHoolmexAWgMm2FvyuI1DPvlA2OLoUE4HkDBENO\\_-\\_pXoRy3qWKmhRNJP9wwtdQ7Sz9nLHKrkmiHUFENfDHAS2yl3g](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/iSa_HTqEqximRD6zkly5IZ5DopvBJjkAqgvu91e9wZKqhBxPCfaEZxMbjLpIGQMGUF3N83Y51fTbQMOblLaGOIcYse8-ox4tUf4dG8zC5-puXquuBrsVwCwDQcKAo1EHfIEKfxY_p2c4a2N6w769Iq3rzE1eQRDv1C-GkK6i8SIqFnOY_eBW95ucn4j7GMir-U_q9nytmNWIXwRKtF8kw_TxVFef6dIOE60fPAoYVdvzFzJwxSUDn-ZmC6QqcRHoolmexAWgMm2FvyuI1DPvlA2OLoUE4HkDBENO_-_pXoRy3qWKmhRNJP9wwtdQ7Sz9nLHKrkmiHUFENfDHAS2yl3g)

**vormittags:**

7:50 de.rt.com: **Moskau: "Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über die Ukraine entlarvt jene, denen die Politisierung wichtiger ist"**

Die Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über den russischen Resolutionsentwurf zur Lage in der Ukraine habe diejenigen entlarvt, für die eine Politisierung des Ukraine-Konfliktes wichtiger ist als humanitäre Hilfe. Darauf wies der ständige Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat Wassili Nebensja am Mittwoch hin. Er erklärte:

"Die Abstimmung hat alle diejenigen bloßgestellt, für die die Politisierung des humanitären Dossiers wichtiger ist als die Unterstützung der UNO bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe für die bedürftigen Ukrainer."

Zuvor hatte der UN-Sicherheitsrat den russischen Resolutionsentwurf in einer Abstimmung nicht unterstützt. Russland und China stimmten für den Entwurf, kein Mitglied des Sicherheitsrats stimmte dagegen, und 13 weitere Mitglieder des Sicherheitsrats (Frankreich, Großbritannien, die USA, Indien, Irland, Kenia, Mexiko, Norwegen, Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana und die VAE) enthielten sich der Stimme.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623bf44348fbef5e036d15b3.jpg>

8:10 de.rt.com: **Moskau: USA setzen EU weiter unter Druck, auf Gas aus Russland zu verzichten**

Die Vereinigten Staaten setzen die EU weiter unter Druck, auf Gas aus Russland zu verzichten. Sollte Brüssel sich gegen Gaslieferungen aus Russland entscheiden, wäre dies ein apokalyptisches Szenario, so der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak in einem Interview mit dem Fernsehsender Rossija 1. Auf die Frage, ob das Szenario realistisch sei, erklärte er:

"In diesem Leben kann alles passieren, aber ich denke, es ist ein apokalyptisches Szenario."

"Jetzt setzen die Vereinigten Staaten die Europäer unter Druck, auf die Versorgung mit unseren Energieressourcen zu verzichten."

Der Vize-Premierminister wies darauf hin, dass Russland etwa 200 Milliarden Kubikmeter Gas nach Europa liefert, während Europa 500 Milliarden Kubikmeter verbraucht. Er stellte fest:

"Es ist klar, dass es nichts gibt, was dies in einem Jahr, drei oder fünf Jahren ersetzen könnte."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623bf712b480cc24e663d1f6.jpg>

8:40 de.rt.com: **Ausbildungszertifikate ukrainischer Streitkräfte mit Unterschrift eines britischen Obersts entdeckt**

Im Donbass kämpfende Soldaten haben Ausbildungszertifikate von britischen Ausbildern erhalten, die von Oberst M. Evans vom Königlichen Panzerregiment unterzeichnet sind. Das berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti und verweist auf ein ihr vorliegendes Dokument.

Ein Korrespondent der Agentur entdeckte in der befreiten Stadt Wolnowacha in der Volksrepublik Donezk ein Versteck mit Dokumenten. Dort fand man unter anderem das Zeugnis des ukrainischen Soldaten Boris Kasarjan, der unter Beteiligung britischer Ausbilder einen Lehrgang zum Unteroffizier absolviert hatte.

Das britische Royal Tank Regiment ist die älteste Einheit dieser Art in der Welt. Sie wurde im Ersten Weltkrieg gegründet, nachdem die Briten den Panzer erfunden hatten.

Dem Dokument zufolge bestand die Ausbildung aus vier Modulen: Waffentraining, Navigation, medizinische Ausbildung und Gruppenbewegung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623bfdffb480cc44803ab0fc.jpg>

9:05 de.rt.com: **Vučić: "Russlands Entscheidung, Gas in Rubel abzurechnen, stellt uns vor große Probleme"**

Serbiens Präsident Aleksandar Vučić hat erklärt, dass die Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Gaslieferungen aus Russland nur noch in Rubel abzurechnen, Serbien vor viele neue Probleme stellen werde.

Am Mittwoch hatte Putin den russischen Energieriesen Gazprom anweisen lassen, die Währung der Zahlungen für Erdgas in bestehenden Verträgen auf Rubel umzustellen.

Zuvor hatte Vučić erklärt, dass die neuen restriktiven Maßnahmen der EU gegen den russischen Energiesektor nicht die Interessen Russlands oder der Europäischen Union, sondern die Serbiens trafen. Der serbische Staatschef sagte dem Sender Vojvodina:

"Diese Entscheidung über den Rubel – manche halten sie für genial im geopolitischen Spiel, um gemeinsam mit dem Yuan den Petrodollar zu bekämpfen. Die Deutschen haben bereits gesagt, dass dies ein Grund ist, das Abkommen zu kündigen, also bin ich mir nicht sicher. All das bringt uns nur viele, viele weitere Probleme."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623c0a7548fbef635d7eeca2.jpg>

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am**

**24.3.22 um 10:30 Uhr**

**Der Gegner hat in den letzten 24 Stunden 325 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss waren die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 44, darunter drei Kinder, wurden verletzt.** 42 Wohnhäuser, 11 Infrastrukturobjekte und 2 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 76 ukrainische Besatzer, 23 Feuerpunkte, zwei Schützenpanzer, einen Schützenpanzerwagen und einen Lastwagen vernichtet. Ein gepanzertes Kommandostabsfahrzeug und ein Feldartillerielager wurden eingenommen. **Acht Soldaten der 54. mechanisierten Brigade und vier Soldaten der 25. Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und empfehle, dem Beispiel Ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten. Nur wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen werden Sie zu Ihren Familien zurückkehren können.

9:25 de.rt.com: **Großbritannien baut militärische Unterstützung für Ukraine weiter aus: Waffen sowie Gelder für Militär und BBC-Berichterstattung**

Boris Johnson kündigte an, am Donnerstag bei einem Treffen mit den Staats- und Regierungschefs der NATO und der G7 ein neues militärisches Unterstützungspaket für die Ukraine vorlegen zu wollen. Staaten beider Gruppen will er auffordern, ihre Reaktionen gegen die sogenannte Aggression Russlands auszubauen.

Im Rahmen des Militärhilfen-Pakets verspricht Johnson dem ukrainischen Militär 6.000 weitere Raketen (darunter tragbare Panzerabwehr-Lenkflugkörper des Typs Javelin aus US-Herstellung und schwedische Einweg-Panzerbüchsen mit kreiselbasierter Flugbahnkorrektur des Typs N-LAW). Dazu kommen ferner 25 Millionen britische Pfund an finanzieller Unterstützung für das ukrainische Militärpersonal. Weitere 4,1 Millionen Pfund sollen der Berichterstattung der BBC World Service aus dem Konfliktgebiet zugutekommen, schreibt der britische Telegraph.

Mit diesen Maßnahmen wird die bisher geleistete Verteidigungshilfe mehr als verdoppelt, schreibt Skynews mit Verweis auf die britische Regierung.

Bisherige Lieferungen an tragbaren Panzerabwehrwaffen waren ebenfalls reichlich und umfassten unter anderem insgesamt 4.000 Raketen beider oben erwähnten Typen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623c230a48fbef4c066db76f.jpg>

9:40 de.rt.com: **Russland zu US-Vorwürfen angeblicher "Kriegsverbrechen" in der Ukraine: "Aussagen jenseits des gesunden Menschenverstandes dämonisieren Russland und schüren Russophobie"**

Die Vereinigten Staaten wollen durch ihre Äußerungen über angebliche Kriegsverbrechen der russischen Streitkräfte in der Ukraine Russland in den Augen der Weltöffentlichkeit dämonisieren und Russophobie schüren. So kommentierte der russische Botschafter in Washington Anatoli Antonow am Mittwoch jüngste dahin gehende Äußerungen des US-Außenministers Anthony Blinken:

"Versuche der Vereinigten Staaten, sich das Urteilsrecht darüber anzumaßen, wer ein 'Kriegsverbrecher' ist, sind abstoßend. Ein Land, das Hunderttausende zerstörter Menschenleben in der ganzen Welt, zerstörte Staaten, Erschaffung Dutzender humanitärer Katastrophen und Brennpunkte des internationalen Terrorismus auf dem Gewissen hat, kann per Definition kein Staat mit einem solchen Recht sein."

**Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 24.03.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine einen **Artillerieschlag auf Donezkij** verübt.

Infolge des Beschusses wurde ein Wohnhaus zerstört sowie vier Häuser beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurde die **Stellung der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, operativ entdeckt und vernichtet**.

10:30 de.rt.com: **Mitteilung des russischen Militärs: US-Biolabore in der Ukraine forschten an Milzbrand und testeten medizinische Präparate an ukrainischen Soldaten**

Das Pentagon missbrauchte die Ukraine als Laboratorium zum Züchten neuer Stämme gefährlicher Krankheitserreger – und ukrainische Militärangehörige als Labormäuse zum Testen unregistrierter medizinischer Präparate. Dies gab Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, bei einem Pressebriefing am Donnerstagmorgen bekannt. Zunächst jedoch teilte Konaschenkow neue Zahlen zum russischen Sondereinsatz in der Ukraine mit:

"Gegen Morgen des 24. März brachten Einheiten der russischen Armee die Stadt Isjum in der Region Charkow vollständig unter ihre Kontrolle.

Am Abend des 23. März und in der Nacht zum 24. März wurden mit see- und luftgestützten Hochpräzisions-Langstreckenlenkwaffen Angriffe auf militärische Einrichtungen der ukrainischen Streitkräfte geführt. Bei diesen Angriffen wurden 13 Boden-Luft-Raketenabschussrampen, darunter neun S-300- und vier Buk-M1-Raketenabschussrampen, im Dorf Danilowka südlich von Kiew, ein Heeresverbandshauptquartier und ein Waffenlager für Raketen und Artillerie im Dorf Bachmut in der Region Donezk sowie ein provisorischer Standort eines nationalistischen Bataillons in der Stadt Lissitschansk zerstört.

Über Nacht wurden 60 Objekte des ukrainischen Militärs von den taktischen Luftstreitkräften und der Heeresfliegerei erfolgreich angegriffen. Darunter: zwei Kommandoposten, zwei Mehrfachraketenwerfer, vier Munitionsdepots und 47 Waffen- und Fahrzeugkonzentrationsgebiete der ukrainischen Streitkräfte.

Russische Luftabwehrkräfte zerstörten zwei ukrainische unbemannte Fluggeräte in den Gebieten der Orte Staraja Markowka und Charkow.

Seit Beginn des militärischen Sondereinsatzes wurden insgesamt 257 unbemannte Fluggeräte, 202 Flugabwehrraketensysteme, 1.572 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 160 Mehrfachraketenwerfer, 633 Feldartilleriegeschütze und Mörser und 1.379 militärische Sonderfahrzeuge zerstört."

Ein besonderer Punkt bei diesem Pressebriefing waren die Forschungsgebiete der US-geleiteten Biolabore in der Ukraine, wie sie aus von russischen Streitkräften sichergestellten Dokumenten ersichtlich werden:

"Das russische Verteidigungsministerium prüft weiterhin die Dokumente, die es von Mitarbeitern ukrainischer biologischer Labors erhielt – Dokumente über geheime militärische biologische Forschungsaktivitäten der USA in der Ukraine.

Experten der russischen Streitkräfte für NBC-Abwehr haben bei der Untersuchung von Dokumenten neue Fakten aufgedeckt, die die direkte Beteiligung des US-Verteidigungsministeriums an der Entwicklung von Komponenten für biologische Waffen in der Ukraine belegen.

In der nächsten Zeit werden wir Originaldokumente vorlegen, die belegen, dass das UP-2 Cooperative Biological Research Project in der Ukraine, über das wir bereits berichteten, nirgendwo anders als im Pentagon entwickelt und genehmigt wurde. Hauptziel des Projekts war die molekulare Analyse besonders gefährlicher, in der Ukraine endemischer Infektionen. Die Arbeit sah die Entnahme von Erregerproben in alten Viehkadaverhalden zur Gewinnung neuer Milzbrandstämme vor.

Dabei beschränkten sich die Experimente des Pentagons jedoch nicht auf die Entwicklung gefährlicher Infektionen. So arbeitete beispielsweise ein vom US-Verteidigungsministerium beauftragtes Pharmaunternehmen den sichergestellten Dokumenten zufolge mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium zusammen ein Verfahren aus, um nicht zugelassene Medikamente gerade an ukrainischen Soldaten zu testen.

Über diese und andere dokumentierte Fakten werden wir in Kürze bei einer diesem Thema gewidmeten Pressekonferenz berichten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c3a74b480cc01a63d4149.jpg>

### 10:57 de.rt.com: **Russische Zentralbank dementiert Rücktrittsgesuch ihrer Chefin wegen Ukraine-Krise**

Berichte, wonach die Chefin der russischen Zentralbank ihre Kündigung einreichen wollte, sind falsch. Dies teilte die Regulierungsbehörde mit. In den Medien war spekuliert worden, dass Nabiullina aufgrund des russischen Einsatzes in der Ukraine ihr Amt niederlegen wolle. Entgegen aller Gerüchte wollte Elwira Nabiullina, die Leiterin der russischen Zentralbank, nicht angesichts der Ukraine-Krise von ihrem Amt zurücktreten. Das erklärte die Regulierungsbehörde am Mittwoch und bekräftigte, dass die von der Nachrichtenagentur Bloomberg diesbezüglich gelieferten Informationen unwahr seien. Zuvor hatte Kremlsprecher Dmitri Peskow den Interessierten empfohlen, sich bei Nabiullina selbst zu erkundigen. In dem Medienbericht wurden vier anonyme Personen zitiert, die Kenntnis von den Gesprächen zwischen Putin und Nabiullina haben wollen. Sie behaupteten, die Zentralbankchefin habe nach Beginn der russischen Offensive in der Ukraine aus Angst vor einer drohenden wirtschaftlichen Katastrophe zurücktreten wollen, sei dann aber vom russischen Präsidenten aufgefordert worden, zu bleiben.

Bloomberg räumte ein, dass es unmöglich sei, Nabiullinas "aktuelle Absichten" in Erfahrung zu bringen, und fügte hinzu, dass es nach fast 20 Jahren Zusammenarbeit mit Putin als Verrat angesehen würde, wenn die Behördenchefin jetzt ihren Posten räumt.

Bisher hat sich Nabiullina weder öffentlich zu ihrer Position, ihrer Ernennung für eine weitere fünfjährige Amtszeit noch zu ihrer Meinung über den Ukraine-Konflikt geäußert. Anzeichen, dass sie ihr Amt niederlegen wollte, gab es zudem nie.

Nabiullina hat die Mitarbeiter der Zentralbank aufgefordert, sich aus der Politik herauszuhalten, und Anfang des Monats ein kurzes Video veröffentlicht, in dem sie ihre Kollegen bittet, "politische Debatten zu vermeiden, die nur unsere Energie verbrauchen, die wir benötigen, um unsere Arbeit zu machen".

Nach Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine und den darauf folgenden zahlreichen Sanktionsrunden hat die Zentralbankchefin den Leitzins mehr als verdoppelt und Kapitalkontrollen eingeführt, um den Geldfluss aus Russland zu stoppen.

Bloomberg würdigte Nabiullinas Karriere und lobte sie dafür, die Inflation in Russland unter Kontrolle gebracht und "einen der größten Devisen- und Goldbestände der Welt" angehäuft zu haben. Allerdings liegt ein großer Teil der Goldreserven der Russischen Föderation unerreichbar bei Banken in Ländern, die Russland ablehnend gegenüberstehen. Die USA wollen diese Bestände einfrieren.

Nabiullina wird auch nachgesagt, dass sie die Kapitalverkehrskontrollen bekämpft, die sie kürzlich selbst in Russland eingeführt hatte. Die Vorgaben erlauben es Nicht-Russen, mit russischen Vermögenswerten wie Öl- und Gasaktien zu handeln, deren Wert im Zuge der Sanktionen stark gesunken ist. Dies ermöglicht es Privatpersonen aus Russland, Geld auf

ausländischen Märkten anzuhäufen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c3714b480cc0ab74684ef.jpg>

**11:00 de.rt.com: Erdoğan's Regierung findet die Idee unrealistisch, S-400 an die Ukraine zu liefern**

Die Idee, der Ukraine die von der Türkei bei Russland erworbenen S-400-Flugabwehrraketensysteme abzugeben, sei unrealistisch. Dies gab Fahrettin Altun, ein Sprecher der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan, bekannt. Er stellte fest: "Diese Vorstellung ist keineswegs realistisch."

Altun zufolge sollte der Westen der Türkei F-35-Kampfflugzeuge und Patriot-SAMs "ohne Vorbedingungen" liefern.

Zuvor hatten westliche Medien erfahren, dass die US-Behörden über die weltweite Suche nach russischen oder sowjetischen Boden-Luft-Raketensystemen für die Ukraine besorgt seien und der Türkei angeboten hätten, der Ukraine S-400-Luftabwehrsysteme zu liefern. Ein anonymes Pentagon-Beamter bestätigte später die Gespräche mit Ankara zu diesem Thema. Im Gegenzug könnten die Vereinigten Staaten versprechen, die Sanktionen gegen die Türkei aufzuheben und das Land wieder in das F-35-Programm für Kampfflugzeuge der fünften Generation aufzunehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c3e24b480cc093b47d74e.jpg>

**11:25 de.rt.com: Kreml: Abramowitsch war an Organisation der Gespräche zwischen**

## **Russland und Ukraine beteiligt**

Der russische Milliardär Roman Abramowitsch hat an der Anfangsphase der Gespräche zwischen Russland und der Ukraine teilgenommen. Diese Erklärung gab Kreml-Sprecher Dmitri Peskow ab.

Ihm zufolge sind derzeit Verhandlungsteams an dem Prozess beteiligt.

Zuvor hatte The Wall Street Journal geschrieben, Selenskij habe Biden gebeten, keine Sanktionen gegen Abramowitsch zu verhängen. Nach Angaben der Zeitung, die sich auf Quellen beruft, sagte Selenskij in einem Telefongespräch mit dem US-Präsidenten, dass der Milliardär bei den Verhandlungen mit Russland nützlich sein könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c460e48fbef635d7eecd6.jpg>

## **Russiaun.ru: Erklärung des Ständigen Vertreters W.A. Nebensja zu den Motiven der Abstimmung nach der Entscheidung über den Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrates zur humanitären Lage in der Ukraine**

Frau Präsidentin

Zunächst einmal möchte ich den Ländern danken, die diese Resolution unterstützt und mitgetragen haben.

Diese Abstimmung hat all jene ans Licht gebracht, denen die Politisierung des humanitären Dossiers wichtiger ist als die Unterstützung der Vereinten Nationen bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe für bedürftige Ukrainer. Wir haben heute von einigen Delegationen, insbesondere der US-Delegation, gehört, dass sie sich in keiner Weise an der von Russland vorgeschlagenen Resolution beteiligen wollen. Warum haben Sie sich dann bei dieser Resolution der Stimme enthalten? Sie hätten dagegen stimmen können. Wir verstehen sehr gut die wahren Beweggründe für Ihre Stimmenthaltung: Sie wollten kein Veto einlegen, was Sie sonst getan hätten. Wir finden es seltsam, dass der Vertreter Mexikos einen Ausflug in die Geschichte der Entwicklung dieser Resolution gemacht hat, indem er sagte, dass wir diese Resolution fast überraschend zur Abstimmung gestellt haben. Die ursprünglichen Initiatoren des Entwurfs, den wir mit Ausnahme einiger politisierter Passagen generell unterstützten, brachten ihn unerwartet und ohne erschöpfende Konsultation der Ratsmitglieder, insbesondere von uns, in die Generalversammlung ein. Erst danach haben wir dem Rat unseren Entwurf zur Behandlung vorgelegt.

Schauen wir uns noch einmal an, welchen Maßnahmen und Aktivitäten unsere westlichen Kollegen im Rat aus politischen Gründen nicht zugestimmt haben. Unser Resolutionsentwurf enthielt wichtige Elemente wie die Forderung nach einem Waffenstillstand und humanitären Pausen, um die sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung und die ungehinderte Ausreise aus der Ukraine für alle ohne jegliche Diskriminierung zu ermöglichen; die Aufforderung, kritische Infrastruktur nicht anzugreifen; die Aufforderung, kein schweres militärisches Gerät in Wohngebieten und dicht besiedelten Gebieten zu stationieren; den Schutz von humanitärem

und medizinischem Personal; den zuverlässigen Schutz von Verletzten und Kranken; einen menschlichen Umgang mit Gefangenen; und den Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern.

Wenn Sie sich also, verehrte Kollegen, in diesem Saal oder von der Tribüne der Generalversammlung aus darüber beschweren, dass einige der von mir genannten Punkte nicht umgesetzt werden, werden wir Sie daran erinnern, dass sie Ihnen vorlagen, Sie sich aber aus politischen Gründen weigerten, dafür zu stimmen. Du hattest eine Wahl und hast sie getroffen.

Wir haben heute erneut von einigen Delegationen gehört, die Russland beschuldigen, den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen in der Ukraine vorzubereiten und durchzuführen. Wir haben wieder die Fakes gehört, die wir schon oft widerlegt haben, die sprichwörtlich geworden sind, über das, was in Mariupol passiert ist, über Bombardierungen, über die Tötung von Menschen in Warteschlangen. Ich werde nicht alles aufzählen, wir haben wiederholt darüber gesprochen. Leider hört das niemand und hört nicht zu.

Was die chemischen und biologischen Waffen betrifft, so möchte ich noch einmal sagen, dass dies eine unvorstellbare Anschuldigung gegen Russland ist. Glauben Sie mir, wir haben andere Mittel der Kriegsführung, wir müssen keine chemischen und biologischen Waffen einsetzen. Es ist einfach unwürdig, Russland dies vorzuwerfen. Zumal wir diese Waffen schon vor langer Zeit zerstört haben.

Das Fehlen einer humanitären Resolution des Sicherheitsrates wird den humanitären Helfern „vor Ort“ das Leben erheblich erschweren und es der ukrainischen Seite ermöglichen, die Waffenstillstandsauflagen für den Rückzug von Menschen durch humanitäre Korridore weiterhin zu ignorieren, Kiew wird die Zivilbevölkerung weiterhin als „menschliches Schutzschild“ missbrauchen und entgegen dem humanitären Völkerrecht schwere Waffen in der Nähe von Krankenhäusern und Kindergärten stationieren.

Was die Bereitstellung humanitärer Hilfe angeht, so werden wir uns bemühen, dieses Problem zu lösen, so wie wir es in den letzten acht Jahren für die Bevölkerung des Donbass getan haben, an deren Leid Sie sich lieber nicht erinnern wollen.

Wir haben heute gehört, wie der Vertreter Großbritanniens uns daran erinnert hat, dass wir eine einzige menschliche Rasse sind. Dem stimme ich zu. Aber leider haben viele Länder, darunter auch das Großbritannien, dies in anderen Fällen nicht angesprochen. Ich werde sie nicht alle aufzählen. Ich glaube nicht, dass heute der richtige Zeitpunkt ist, um jemanden zu zitieren. Wir bedauern alle Opfer von Konflikten, jedes Menschenleben ist unbezahlbar. Ich könnte, aber ich werde Sie heute nicht daran erinnern, was die Vertreter der Länder, einschließlich derer, die jetzt an diesem Tisch sitzen, über den massenhaften Tod von anderen Zivilisten, einschließlich Kindern, in Konflikten gesagt haben.

In allen Gebieten, die unter russischer Militärkontrolle stehen, werden die Bewohner bereits mit Grundbedarfsartikeln und Lebensmitteln versorgt. Wir sind überzeugt, dass sich die Situation dort mit der Umsetzung der Aufgaben der militärischen Spezialoperation verbessern wird.

Wir rufen Sie auf, das humanitäre Thema nicht zu politisieren. Wir bedauern, dass der Sicherheitsrat die Resolution, die eine Lösung dieser Frage hätte befördern können, nicht annehmen konnte. Dennoch zählen wir darauf, dass wir und die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, die aufrichtig daran interessiert sind, alles ihnen mögliche tun werden, um die humanitäre Situation in der Ukraine und das Leiden der Zivilbevölkerung zu erleichtern. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

### 11:40 de.rt.com: **Lawrow warnt: NATO-"Friedenstruppen" in Ukraine bedeuten Krieg mit Russland**

Eine Entsendung von NATO-Friedenstruppen in die Ukraine wird zu einem direkten Zusammenstoß mit Russland führen. Dies verkündete der russische Außenminister Sergei

Lawrow während einer Rede am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen.

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat bei einem Treffen mit Studenten und Dozenten des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen erklärt, die Entsendung von NATO-Friedenstruppen in die Ukraine werde zu einem direkten Zusammenstoß zwischen der Allianz und Russland führen. Wörtlich sagte er:

"Unsere polnischen Kollegen haben bereits angekündigt, dass es jetzt einen NATO-Gipfel geben werde und dass es notwendig sei, Friedenstruppen zu entsenden. Ich hoffe, sie verstehen, wovon sie sprechen. Das wird zu einem direkten Zusammenstoß zwischen den russischen und den NATO-Streitkräften kommen, den alle nicht nur vermeiden wollten, sondern von dem alle sagten, dass er grundsätzlich nicht stattfinden dürfe."

Wenn die Friedenstruppen in die Ukraine gebracht würden, was wahrscheinlich von der Westgrenze aus geplant sei, könnte Polen ein Hauptquartier in Lwow einrichten und dort bleiben, hieß es weiter.

Als zweites Ziel dieser Provokation nannte Lawrow, dass bereits nicht nur von Friedenstruppen die Rede sei, sondern auch davon, dass die baltischen Staaten Bataillone zur "Verteidigung der Ukraine" entsenden könnten. Von Russland werde verlangt, in einer solchen Situation Ruhe zu bewahren, so der Minister. Ihm zufolge habe Moskau seinen Standpunkt in der Ukraine-Frage bereits schriftlich dargelegt.

Lawrow zufolge strebe auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij die Entsendung von NATO-Truppen. Zu diesem Zweck zögere er die Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew hinaus, um die Situation zu dramatisieren, so der russische Chefdiplomat. Dabei habe Moskau nichts einzuwenden, falls der Westen eine Vermittlerrolle übernehmen wolle.

Allerdings gebe es für Russland klare rote Linien, auf die Moskau bereits seit mehreren Jahren aufmerksam mache.

Am 16. März erklärte der stellvertretende polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, dass eine NATO-Friedensmission in die Ukraine entsandt werden sollte. Allerdings enthält die NATO-Charta keine Bestimmung, wonach das Bündnis Friedensmissionen in Drittländer entsenden kann.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c3578b480cc0938102363.jpg>

**nachmittags:**

12:00 de.rt.com: **Vorwand zur Sperrung der Konten der russischen Botschaft in Polen: "Finanzierung des Terrorismus"**

Die Ende Februar erfolgte Sperrung der Bankkonten der russischen Botschaft in Warschau

erfolgte unter dem Vorwand, dass sie angeblich zur "Finanzierung des Terrorismus" verwendet werden könnten. Dieses bisher unbekanntes Detail gab der russische Botschafter in Polen Sergei Andrejew bekannt. Ein solcher Schritt verstöße gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen, machte der Diplomat deutlich: "Ich hatte schon die Sache angesprochen, dass unsere Konten seit Ende Februar gesperrt sind. Dabei – und das habe ich früher noch nicht erwähnt, aber ich möchte doch noch ein kuriose Detail hinzufügen – wurden die Konten zunächst durch eine Entscheidung des Finanzministeriums – dann aber durch eine Entscheidung der polnischen Staatsanwaltschaft gesperrt, weil Gelder von diesen unseren Konten angeblich zur Wäsche illegal erworbener Gelder oder zur Finanzierung des Terrorismus verwendet werden könnten. Es ist wohl jedem vernünftigen Menschen klar, dass diese Anschuldigungen gegen eine diplomatische Vertretung mehr als absurd sind – ganz zu schweigen davon, dass hier ein unmittelbarer und zum Himmel schreiender Verstoß gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vorliegt."

Am Vortag hatten die polnischen Behörden beschlossen, 45 russische Diplomaten wegen des Verdachts auf Spionage des Landes zu verweisen – worüber sie den eigens dafür zum Sitz des polnischen Außenministeriums einbestellten Botschafter Andrejew informierten. Wie der russische Botschafter in Warschau bereits erklärte, setzt sich die Verschlechterung der russisch-polnischen Beziehungen fort, und die Ausweisung der russischen Diplomaten wird, wenn nicht schon zu einem formellen Abbruch, so dann doch zu einem faktischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen Polens zu Russland führen. Auf das Vorgehen Polens werde man "entsprechend reagieren", kommentierte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber RIA Nowosti.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623c4ee6b480cc095e7c4903.jpg>

### 13:15 de.rt.com: **Ukraine vergleicht sich mit Nazideutschland**

Kiew hat mit seiner neuesten Forderung auf Einrichtung einer Flugverbotszone für Verwirrung gesorgt. Ukrainische Behörden zeigten auf Twitter Bilder aus dem heutigen Charkow und aus dem zerbombten Hamburg des Jahres 1943 und zogen so einen Vergleich mit Nazideutschland.

Das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, hat am Mittwoch erneut an den Westen appelliert, eine Flugverbotszone über dem Land zu verhängen. Die Institution erregte zudem Aufsehen im Internet, als sie die Verwüstung ukrainischer Städte mit den Zerstörungen verglich, die Nazideutschland während der alliierten Bombenangriffe im Zweiten Weltkrieg

erleiden musste.

Dieser bizarre Vergleich ist die jüngste Stellungnahme Kiews mit Bezug zum Nazismus. Das Bild, das vom Konto der Werchowna Rada auf Twitter gepostet wurde, zeigte ein zerbombtes Gebäude in Hamburg im Jahr 1943 und beschädigte Gebäude in der ukrainischen Stadt Charkow im Jahr 2022. Mittlerweile wurde das Foto offensichtlich wieder gelöscht.

Der Text über dem Bild lautete auf Ukrainisch "Wenn der Himmel offen ist". Weiter wird der Westen in englischer Sprache aufgefordert, "#CloseTheSky over Ukraine" – schließt den Himmel über der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623c4880b480cc44803ab124.JPG>

"Close The Sky" ist eine Anspielung auf die Möglichkeit einer von der NATO verhängten Flugverbotszone über der Ukraine, ein Schritt, den Kiew bereits mehrmals gefordert hat. Der Schritt wird von den Staats- und Regierungschefs in Washington und Brüssel aber bisher abgelehnt. Damit würde sich die NATO verpflichten, russische Flugzeuge über der Ukraine abzuschießen – ein Schritt, der den Block in einen offenen Kampf mit Russland verwickeln und, mit den Worten von US-Präsident Joe Biden, zu einem "Dritten Weltkrieg" führen würde. Bizarrenweise werden in dem vom ukrainischen Parlament veröffentlichten Bild dieselben Verbündeten, die 1943 Hamburg bombardierten, aufgefordert, heute für die Ukraine zu kämpfen. Die Rada hat nicht erklärt, warum sie Charkow mit Hamburg vergleicht, zumal Charkow selbst im Zweiten Weltkrieg von Deutschland bombardiert wurde. Im Internet sorgte der Vergleich für verwunderte Kommentare. "Ihr solltet euch in der Öffentlichkeit nicht mit Nazis vergleichen", scherzte ein Kommentator. "Die wissen wirklich nicht, was Optik ist", witzelte ein anderer.

Der russische Präsident Wladimir Putin wirft den ukrainischen Eliten seit langem vor, Sympathien für Nazideutschland zu hegen. In einer Rede, in der er im vergangenen Monat den Beginn der russischen Militäroffensive in der Ukraine ankündigte, erklärte er, dass eines der Ziele Russlands die "Entnazifizierung" des Landes sei.

Neben der Eingliederung des neonazistischen Asow-Bataillons in das ukrainische Militär bemühen sich die Kiewer Behörden, ihrer Bevölkerung Russen als "anders-rassisch" darzustellen. Ukrainische Lokalpolitiker bezeichnen Russen wiederholt offen als "Orks". Der Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera wird von ukrainischen Rechtsradikalen und sogar von den Behörden des Landes als Held gefeiert. Dies zeigt, welche politischen Ansichten auf Regierungsebene vertreten sind.

In diesem Zusammenhang bedürfen zwei jüngste Vorfälle im ukrainischen Livefernsehen besondere Aufmerksamkeit. Erst sorgte der ukrainische Fernsehmoderator Fahrudin Sharafmal für eine Kontroverse, als er den Nazi-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann zustimmend zitierte und zur Ermordung von Russen und ihren Kindern aufrief. Später verkündete der ukrainische Sanitätschef Gennadi Druzenko in einem Live-Interview, dass gefangen genommene Russen Kakerlaken seien, die kastriert werden müssten, damit sie sich nicht mehr fortpflanzen könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c4b2448fbef5d294e4ea0.jpg>

### 13:40 de.rt.com: **Traurige Zwischenbilanz aus Lugansk seit Eskalation durch ukrainische Streitkräfte am 17. Februar: 12 tote und 15 verwundete Zivilisten infolge von 761-fachem Beschuss**

Die ukrainischen Streitkräfte haben das Gebiet der Volksrepublik Lugansk seit der Eskalation am 17. Februar 2022 761-mal beschossen. Insgesamt wurden dabei 7.527 Artilleriegeschosse abgefeuert, teilte die Vertretung der Volksrepublik Lugansk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes mit.

Infolge des ukrainischen Feuers wurden 12 Zivilisten getötet und 15 verletzt, darunter drei Kinder. Auch zerstörte und beschädigte die ukrainische Armee so 309 Häuser in 23 Siedlungen und 53 zivile Infrastruktureinrichtungen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623c6716b480cc0b52433cd4.png>

#### 14:35 de.rt.com: **NATO-Chef: China unterstützt Russland mit "Lügen und Fehlinformationen"**

NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat gegenüber Reportern erklärt, dass Peking Russland durch die Verbreitung von "Lügen und Fehlinformationen" über den Konflikt in der Ukraine unterstütze. Er ergänzte, dass die Militärallianz "die Rolle Chinas" bei dem Gipfel ansprechen werde.

Die NATO fordert von China eine klare Positionierung gegen Russlands Angriff auf die Ukraine. Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte am Donnerstag am Rande des NATO-Sondergipfels zur Ukraine:

"Wir fordern China auf, sich dem Rest der Welt anzuschließen und den russischen Einmarsch in die Ukraine klar zu verurteilen und keine politische Unterstützung zu leisten."

Dies schließt natürlich auch ein, keinerlei materielle Unterstützung für die Invasion in die Ukraine zu leisten, so der NATO-Chef.

Bereits am Mittwoch hatte Stoltenberg gegenüber Reportern erklärt, dass China Russland durch die Verbreitung von "Lügen und Fehlinformationen" über den Konflikt in der Ukraine unterstütze. Zudem ließ er verlauten, dass die Allianz China auffordern werde, sich gegen Russland zu positionieren; aber es sei unwahrscheinlich, dass Peking zuhöre. Auf einer Pressekonferenz vor dem NATO-Gipfel am Donnerstag in Brüssel sagte Stoltenberg:

"Peking hat sich Moskau angeschlossen, indem es das Recht unabhängiger Nationen, ihren eigenen Weg zu wählen, in Frage stellt."

China habe Russland politisch unterstützt, "unter anderem durch die Verbreitung offenkundiger Lügen und Fehlinformationen", so der NATO-Chef weiter.

Es ist nicht ganz klar, auf welche Beispiele von "Lügen und Fehlinformationen" sich Stoltenberg damit bezog. Aber China hat sich Russland angeschlossen und die von den USA finanzierten Aktivitäten in biologischen Forschungslabors in der Ukraine verurteilt. Die US-Behörden hatten zwar Behauptungen zurückgewiesen, dass ukrainische Forschungseinrichtungen an biologischen Waffen arbeiten würden. Aber dieses Dementi steht im Widerspruch zu von Russland veröffentlichten Dokumenten. Zumal US-amerikanische Offizielle, wie etwa Victoria Nuland, Staatssekretärin im US-Außenministerium für politische Angelegenheiten, die Existenz der Labore bestätigt haben.

Peking hat sich bislang geweigert, Sanktionen gegen Russland wegen seines Vorgehens in der Ukraine zu verhängen. Die chinesische Regierung bekräftigte zuletzt offiziell das Recht der Ukraine auf territoriale Integrität, hob aber auch die kontinuierlichen NATO-

Osterweiterungen als einen Schlüsselfaktor für den aktuellen Konflikt hervor. Stoltenberg erklärte am Mittwoch vor der Presse, dass die Staats- und Regierungschefs der NATO auf der Konferenz am Donnerstag in Brüssel "die Rolle Chinas ansprechen" würden. Zudem werde man die asiatische Supermacht auffordern, "ihrer Verantwortung als Mitglied des UN-Sicherheitsrates gerecht zu werden" und "Russlands kriegerische Bemühungen nicht zu unterstützen und gemeinsam mit dem Rest der Welt ein sofortiges, friedliches Ende dieses Krieges zu fordern."

Chinas Diplomaten hatten freilich bereits eine Beilegung des Krieges auf dem Verhandlungswege gefordert. Ähnliche Forderungen Stoltenbergs in der vergangenen Woche nach einer Verurteilung Moskaus wies Peking jedoch zurück, und führte die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die NATO im Jahr 1999 als einen Grund dafür an, dass es sich keine "Belehrung über Gerechtigkeit von einem Völkerrechtsverletzer" anhören wolle.

Der chinesische Vizeaußenminister Le Yucheng erklärte vergangene Woche, dass die NATO den Krieg in der Ukraine hätte verhindern können, wenn sie nach dem Zusammenbruch der UdSSR einen anderen Weg eingeschlagen hätte. Eine einfache "Verpflichtung, nicht nach Osten zu expandieren, hätte die Krise leicht beenden und dem Leiden ein Ende setzen können", sagte der Politiker und wiederholte damit ein Argument, das Moskau in den letzten Jahren wiederholt vorgebracht hatte.

China, Indien, Pakistan, Südafrika und 30 weitere Länder enthielten sich Anfang März bei einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der Russlands Offensive in der Ukraine verurteilt wurde. Seitdem sie sich für eine Neutralitätsposition entschieden haben, werden einige dieser Länder von den USA dazu gedrängt, ihre Entscheidung rückgängig zu machen und den Westen zu unterstützen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c36f348fbef5ed007daed.jpg>

14:50 de.rt.com: **Kreml dementiert Gerüchte: "Schoigu hat viel zu tun"**

Der Kreml hat Spekulationen zurückgewiesen, wonach der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu mitten im Ukraine-Krieg abwesend sein soll. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte am Donnerstag in Moskau:

"Der Verteidigungsminister hat im Moment viel zu tun."

Es sei nicht die Zeit für Medienauftritte. Peskow fügte hinzu:

"Das ist durchaus verständlich."

Russische Medien hatten sich verwundert gezeigt, dass Schoigu seit dem 11. März keine öffentlichen Termine mehr wahrgenommen hat. Zuvor hatte er Mitteilungen zufolge Telefonate geführt oder verletzte Soldaten besucht und ausgezeichnet.

Spekuliert wurde zudem über mögliche Herzprobleme des Ministers. Diesen Berichten sollten

die Medien keinen Glauben schenken, sagte Peskow. Er riet den Journalisten: "Bitte wenden Sie sich an das Verteidigungsministerium."

Seit einem Monat führt Russland eine Sonderoperation gegen das Nachbarland Ukraine durch. Täglich berichtet der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, über Einsätze der russischen Truppen in der Ukraine. Auch Präsident Wladimir Putin meldet sich regelmäßig zu Wort.

Er traf sich am Donnerstag mit den Mitgliedern des nationalen Sicherheitsrats Russlands. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti veröffentlichte ein [Video](#), das die Teilnahme Schoigus an dem Treffen zeigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c7081b480cc01a63d4197.jpg>

dan-news.info: **Sechs Bürgerbüros der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ wurden inzwischen in den befreiten Gebieten eröffnet**, in Granitnoje, Sartana, Talakowka, Pawlopol, dem Lebobereshnyj-Bezirk von Mariupol und in Wolnowacha. An diese Bürgerbüros wenden sich täglich zahlreiche Bürger. Die Bitten sind ganz unterschiedlich – sie brauchen Folien für die Abdichtung der Wohnungen, Medikamente, Brennstoff. Manche brauchen Hilfe, um eine Verbindung zu Verwandten herzustellen, viele haben Fragen zur sozialer Unterstützung und Rentenzahlungen. Manche wollen nach acht Jahren Unterdrückung einfach nur reden.

15:15 de.rt.com: **Selenskij-Berater: Russland will einen "langen Krieg" wegen hoher Personal- und Ausrüstungsverluste**

Der Kreml wolle den Krieg wegen zu hoher Personal- und Ausrüstungsverluste sowie wegen fehlender Fortschritte in die Länge ziehen, schrieb Michail Podoljak, Berater des ukrainischen Präsidenten, am Donnerstag auf Telegram.

Seiner Meinung wolle man nun andere Taktiken einsetzen, um die Verluste künftig zu reduzieren. Ihm zufolge verschanze sich das russische Militär auf den besetzten Linien und konzentriere seine Kräfte um große Städte herum. Damit verursache Russland humanitäre Katastrophen. Dieses Vorgehen sei kannibalischer Natur und weise rechtliche Anzeichen von Kriegsverbrechen auf.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623c71f148bfef5e036d161d.jpg>

### 15:40 de.rt.com: **USA verhängen neue Sanktionen gegen Duma-Abgeordnete und Sberbank-Chef Gref**

Die USA verhängen Sanktionen gegen die russische Duma und ihre 328 Abgeordneten. Dies teilte das US-Finanzministerium mit. In der Pressemitteilung heißt es:

"Office of Foreign Assets Control (US-Finanzministerium) verhängt Sanktionen gegen die Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation und ihre 328 Mitglieder wegen Mittäterschaft an Putins Krieg."

Das Finanzministerium erinnerte daran, dass das Unterhaus des russischen Parlaments einen Appell an den russischen Präsidenten Wladimir Putin verabschiedet hat, die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen. Die US-Behörden bezeichneten die anschließende Anerkennung als "einen Trick, um die Einführung russischer Truppen in die Ukraine zu rechtfertigen".

In der Erklärung des Finanzministeriums wurde auch darauf hingewiesen, dass vier Mitglieder der Duma, die heute getroffen wurden, bereits unter antirussischen Sanktionen standen, darunter die Abgeordneten Andrei Lugowoi, Alexander Borodai, Wladislaw Resnik und Andrei Skotsch.

Neue US-Sanktionen gegen Russland betreffen auch den Chef der Sberbank, Herman Gref, wie das US-Finanzministerium mitteilte. Darüber hinaus betreffen die neuen Beschränkungen Tactical Missiles Corporation und ihren Chef Boris Obnosow sowie eine Reihe von verbundenen Unternehmen.

Ein russisches Schiff fiel ebenfalls unter die erweiterten US-Sanktionen: die Yacht Namens Lena des russischen Geschäftsmanns Gennadi Timtschenko.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c7e8db480cc095e7c4948.jpg>

17:47 (15:47) lug-info.com: **Textnachricht mit Aufforderung, während ukrainischen Beschusses "russische Aggression" zu melden**

Während eines Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte erhielten Einwohner von Rubježnoje eine SMS des ukrainischen Mobilfunkbetreibers Vodafone, in der sie aufgefordert wurden, die "russische Aggression" zu melden. Dies wurde dem Lugansker Informationszentrum von einer Einwohnerin der Frontstadt berichtet.

"Vodafone macht Mailings: 'Wenn Sie Zeuge einer Aggression geworden sind...' Ich wurde Zeuge einer Aggression, aber nicht der Russischen Föderation, sondern unserer sogenannten 'Verteidiger', der ukrainischen Nationalgarde, die sich hinter unserem Rücken in allen Vierteln versteckte, Türen eintrat, plünderte und dann begann, Bunker zu bauen", sagte die Frau. Sie betonte, dass die Einwohner der Stadt solche Textnachrichten erhielten, als die Stadt bereits von den ukrainischen Streitkräften beschossen wurde.

Zuvor hatte Präsident Leonid Pássečnik gewarnt, dass die Kiewer Kräfte Wohnhäuser in Sjewerodonezk und Lissičansk beschießen würden, um die Verteidiger der Volksrepublik dafür zu beschuldigen.

Zuvor hatte die Ukraine schon mit Mehrfachraketenwerfern ›Grad‹ und Mörsern auf Frauen und Kinder geschossen, die versuchten, aus Rubježnoje zu fliehen.

17:15 de.rt.com: **Ukrainische Vizepremierministerin erzählt über Gefangenenaustausch mit Russland**

Die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Irina Wereschtschuk hat erklärt, dass am Donnerstag ein Gefangenenaustausch mit Russland im Verhältnis 10:10 stattgefunden hätte. In ihrem Telegrammkanal schrieb sie:

"Auf Anweisung von Präsident Selenskij fand heute der erste vollständige Austausch von Kriegsgefangenen statt. Im Austausch für zehn gefangene Besatzer zogen wir zehn unserer Soldaten ab."

Kiew übergab außerdem elf zivile russische Seeleute an Russland im Austausch gegen 19 ukrainische Seeleute des Rettungsschiffs Sapfir, sagte Wereschtschuk.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c8dceb480cc505f4f73d9.jpg>

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 24. März 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum **Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Wolodarskoje eine Basisstation des Mobilfunkoperators „Phönix“ angeschlossen. Am Abschnitt „Sachanka-Kominternowo“ wird eine neue Faseroptikmagistrale gelegt. In Mangusch läuft aktiv der Anschluss von administrativen Objekten an das Netz.

Übertragungsknotenpunkte in Wolodarskoje und Mangusch wurden übernommen. In Ursuf und Jalta wurde die automatische Telefonstation unter Kontrolle genommen, die Telefonverbindung wird wieder in Betrieb genommen werden. Untersucht wurde Fernsehsender in Wolodarskoje, die es erlauben werden, die Fernsehausstrahlung auszuweiten.

### **Weitere 360 Menschen haben auf dem befreiten Territorium der DVR Renten und Sozialzahlungen erhalten.**

**Spezialisten des Gesundheitsministeriums** der DVR haben in den befreiten Ortschaften 222 Bürgern qualifizierte medizinische Hilfe geleistet, zwei Gesundheitseinrichtungen wurden mit Medikamenten versorgt und es wurde eine mobile Apotheke organisiert. Maßnahmen zur Inbetriebnahme von Gesundheitseinrichtungen in Nikolskoje, Wladimirsoje und Blagodatnoje wurden vorbereitet.

**Spezialisten des Verkehrsministeriums** der DVR haben den Verkehr über die wiederaufgebaute Brücke auf der Autostraße von Dokutschajewsk nach Nikolajewka wieder in Betrieb genommen.

Die **Donezker Eisenbahn** hat zusammen mit Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR explosive Objekte am Abschnitt der Eisenbahnstrecke an den Stationen Wolnowacha und Karan entdeckt und entschärft.

In Wolnowacha wurde die Verbindung wieder hergestellt, in der Abteilung für Dieselloks wurden Akkumulatoren angeschlossen. Die Transformatoren wurden gewartet.

**Spezialisten des Zivilschutzministeriums** der DVR haben 27,6 Hektar in den befreiten Territorien der Republik, 7240 Quadratmeter Gebäude untersucht. 297 explosive Objekte wurden entschärft.

### **Zivilschutzkräfte haben 4278 Pakete mit humanitärer Hilfe ausgegeben.**

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
  - die sich vor Ort schlecht orientieren;
  - die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
  - die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
  - sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
  - die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
  - die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
- Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

#### 17:40 de.rt.com: **China: Bedrohung durch US-Bio-Labore in der Ukraine sollen nicht ignoriert werden**

Die Sicherheitsbedrohungen, die von den biologischen Laboren der USA in der Ukraine und anderswo ausgehen, können nicht ignoriert werden. Dies erklärte das chinesische Verteidigungsministerium.

Das Ministerium betonte, dass die militärisch-biologischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten nicht transparent seien. Die US-Seite müsse ihre Entwicklungen erklären und einer multilateralen Inspektion zustimmen, erklärte die chinesische Behörde.

Zuvor hatte der Leiter der Strahlen-, Chemie- und Bioabwehrtruppen der russischen Streitkräfte, Igor Kirillow, erklärt, der Investmentfonds Rosemont Seneca Thornton, dessen Direktor Hunter Biden ist, und die Soros-Stiftung seien an der Finanzierung von Biolaboren in der Ukraine beteiligt. Der US-Anwalt Hunter Biden ist der Sohn des amtierenden US-Präsidenten Joe Biden.

Kirillow sagte auch, dass alle Aktivitäten unter der vollen Kontrolle des Pentagons durchgeführt wurden. Für die wissenschaftliche Aufsicht sei jedoch das National Laboratory in Los Alamos zuständig, so der Truppenleiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c940f48bfef134d166ede.jpg>

**abends:**

18:00 de.rt.com: **UN-Vollversammlung nimmt Ukraine-Resolution mit großer Mehrheit an**

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat eine Resolution zur humanitären Situation in der Ukraine mit großer Mehrheit angenommen. 140 Länder stimmten am Donnerstag für den von der Ukraine eingebrachten und unter anderem auch von Deutschland unterstützten Text.

38 Länder enthielten sich, nur fünf Länder stimmten dagegen: Russland, Syrien, Weißrussland, Nordkorea und Eritrea.

Die Resolution verlangt unter anderem "eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten der Russischen Föderation gegen die Ukraine, insbesondere aller Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte". Moskau müsse seine Streitkräfte unverzüglich aus der Ukraine zurückziehen, Angriffe unter anderem auf Schulen und Krankenhäuser müssten aufhören.

18:25 de.rt.com: **Sacharowa: Kiew hat seine Chance auf einen souveränen Staat verpasst**

Die ukrainischen Behörden hätten ihre wichtigste Chance auf einen souveränen Staat verpasst, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag.

Ihr zufolge habe man das Team von Ex-Präsident Poroschenko und dann das Team von Selenskij mehrere Jahre lang auf internationalen und bilateralen Plattformen aufgefordert, die Chance für die Existenz der Ukraine innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu nutzen. Man habe betont, dass es für die Ukraine keine andere Möglichkeit gebe, als angemessene Schritte zum Minsker Aktionsplan zu unternehmen. Andernfalls werde das Land auseinanderfallen, was jetzt auch geschehe, so Sacharowa.

Die Sprecherin forderte den ukrainischen Präsidenten nun auf, über das Schicksal des Landes und seiner Bevölkerung nachzudenken, Schlussfolgerungen zu ziehen und angemessene Entscheidungen zu treffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623c96b148fbef1227021ac6.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 24.3.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 295 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122-mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **sieben Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 12

Wohnhäuser, 5 Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Das Bergwerks Nr. 29 hat keinen Strom, 13 Umspannwerke sind außer Betrieb, ein Krankenhaus und 4000 Verbraucher haben keinen Strom.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Die Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 32 ukrainische Besatzer, 2 Feuerpositionen von Haubitzen D-30, ein Abwehrgeschütz SU-30 und zwei Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Panzer und ein Schützenpanzer wurden erbeutet.

**Fünf Soldaten** der 54. mechanisierten Brigade **haben freiwillig die Waffen niedergelegt** und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

In Marjinka haben **Kämpfer des „Rechten Sektors“** erkannt, dass sie das gleiche Schicksal erwartet wie die Nationalisten in Wolnowacha, und haben **eilig die Stadt verlassen und das Hinterland der ukrainischen Truppen ungedeckt gelassen**. Dabei haben die Nationalisten, um keine Panik unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zu säen, die Soldaten davon überzeugt, dass sie bald Hilfe erhalten und die Nationalisten in ein anderes Gebiet verlegt werden.

Ich wende mich an alle Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, es wird keine Hilfe geben, Ihr Kommando hat Sie im Stich gelassen. Warten Sie nicht auf den Befehl, die Waffen niederzulegen. Wir empfehlen nachdrücklich, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und ihr Leben zu retten.

**Seit Beginn der militärischen Spezialoperation sind 369 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig auf die Seite der DVR übergegangen.** 40 von ihnen befinden sich in medizinischen Einrichtung.

Bei einer Kontrolle der befreiten Bezirke von Mariupol und der Unschädlichmachung von explosiven Objekten haben unsere Soldaten **ein Versteck entdeckt, in dem sich Waffen, Munition, Ausrüstung, Sprengeinrichtungen und Dokumente befanden**, die wir Ihnen hier vorstellen. In den Dokumenten können Sie eine Person unter verschiedenen Namen sehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er ein Mitarbeiter von Geheimdiensten der Ukraine ist. Der Bürger Wolnow, derselbe wie Samojlenko, der gefälschte Dokumente hat, hat sich unter dem Deckmantel eines Pressevertreters oder eines Mitarbeiters eines Abgeordneten ungehindert in der Stadt bewegt und Diversionen auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium begangen.

Seit Beginn der besonderen Militäroperation sind die Verluste des Gegners die folgenden:

95. Luftsturmbrigade – 156 Tote und 199 Verletzte;

25. Luftlandebrigade – 173 Tote und 195 Verletzte;

56. Panzergrenadierbrigade – 178 Tote und 217 Verletzte;

54. mechanisierte Brigade - 265 Tote und 276 Verletzte;

12. operative Brigade der Nationalgarde der Ukraine – 339 Tote und 357 Verletzte.

Zu unserem großen Bedauern starben in den letzten 24 Stunden sieben Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht, 24 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sein werden.

Bei Angriffshandlungen in Richtung Mariupol geriet eine Kolonne mit Technik der

Streitkräfte der Donezker Volksrepublik unter Beschuss im Gebiet von Bogdanowka. Der Gegner griff das erste Fahrzeug der Kolonne an und schoss mit Panzern. Der Kommandeur der 1. Gruppe der 1. Spezialkompanie des 3. Spezialbataillons Gardehauptmann W.G. Nassonow, der die Lage schnell erfasste, erteilt seinen Untergebenen den Befehl, das Feuer zu unterdrücken und übermittelte selbst unverzüglich die Koordinaten des Gegners an eine Artillerieabteilung Gardehauptmann W.G. Nassonow leitete persönlich das Artilleriefeuer, in der Folge seiner sachkundigen Handlungen wurde der Panzer und Personal des Gegners im Umgang einer Einheit vernichtet. Das übrige Personal des Gegners zog ab. Die Luftaufklärung bestätigte die Niederlage des Gegners.

18:33 de.rt.com: **Österreichs Nationalrat verbietet Ausstrahlung von Russia Today**

Österreichs Nationalrat hat am Donnerstag ein Verbot der Ausstrahlung von Russia Today im Land beschlossen. Als Begründung führte man, die Verbreitung von "Fake News" über den Krieg in der Ukraine unterbinden zu wollen.

Der Nationalrat Österreichs hat am Donnerstag ein Verbot der Ausstrahlung von Russia Today in Österreich beschlossen. In der Debatte war auch der Krieg in der Ukraine Gegenstand, da mit einer Änderung des Audiovisuelle Mediendienste-Gesetzes die Verbreitung von Nachrichten "entgegen unmittelbar anwendbaren Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Union" als Verwaltungsübertretung mit Geldstrafe bis zu 50.000 Euro definiert wurde. Konkret wurde mit dem Antrag die Ausstrahlung von Russia Today in Österreich verboten. Als Begründung führte man an, die Verbreitung von "Fake News" über den Krieg in der Ukraine unterbinden zu wollen.

Für das Verbot sprachen sich neben ÖVP und Grünen auch SPÖ und NEOS aus. Damit setzt Österreich den entsprechenden Teil der Sanktionen gegen Russland um und untersagt österreichischen Netzanbietern die Ausstrahlung von Russia Today. Das Verbot der Ausstrahlung löste eine heftige Debatte über die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit aus, da sich die FPÖ vehement gegen die entsprechenden Bestimmungen im Gesetz ausgesprochen hatten.

Susanne Fürst und Harald Stefan (beide FPÖ) brandmarkten das Verbot als massive Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit. Stefan sieht im Verbot eine Fortsetzung der Cancel Culture und warnte vor einem "betreuten Medienkonsum" als einer gefährlichen Gratwanderung. Damit befördere man Mythen, Verschwörungstheorien und Misstrauen, gab er zu bedenken. Der Bürger müsse sich seine eigene Meinung bilden, so die FPÖ-Politiker. Sie kritisierten auch die Beschränkung von Medien in Russland und vertraten die Meinung, Österreich stelle sich auf dieselbe Stufe.

Dem widersprachen Vertreter anderer Parteien heftig. Selbstverständlich verteidige man die Medien- und Meinungsfreiheit, so Gabriela Schwarz (ÖVP), aber bei Russia Today gehe es um Kriegspropaganda, die man unterbinden müsse. Selma Yildirim (SPÖ) merkte an, man dürfe die Kraft der Worte nicht vergessen, wenn es um "Hetze, Kriegspropaganda und Falschinformationen" gehe. Eva Blimlinger (Grüne) erklärte, es gebe keine Zensur, sondern es gehe um die Verhinderung von "Fake News".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623cb132b480cc505f4f740c.jpg>

19:00 de.rt.com: **Werchowna Rada stellt Verbreitung von Informationen über Standortwechsel ukrainischer Truppen unter Strafe**

Das ukrainische Parlament hat die unbefugte Verbreitung von Informationen zu den Bewegungen der ukrainischen Streitkräfte unter Strafe gestellt.

Für die Verbreitung von Informationen über Waffen, die nicht zuvor vom ukrainischen Generalstab veröffentlicht wurden, droht eine Freiheitsstrafe von drei bis fünf Jahren. Für die Bekanntgabe von Angaben zum Aufenthaltsort ukrainischer Truppen können fünf bis acht Jahre Haft verhängt werden.

Die Höchststrafe von bis zu zwölf Jahren Haft ist vorgesehen, wenn diese Informationen weitergegeben werden, um sie unter anderem einem Staat zur Verfügung zu stellen, "der eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine durchführt".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623cae4e48fbef134d166f0d.jpg>

21:09 (19:09) novorosinform.org: **Biden nannte die Bedingung für eine Nato-Intervention im Ukraine-Konflikt**

Der Einsatz chemischer Waffen könne eine Bedingung für die Prüfung der Möglichkeit einer Beteiligung der Nordatlantischen Allianz am Ukraine-Konflikt werden, sagte US-Präsident Joseph Biden.

Joseph Biden sagte, der Einsatz von Massenvernichtungswaffen könne ein Anlass sein, über den Eintritt der NATO in einen militärischen Konflikt in der Ukraine zu diskutieren. Der

amerikanische Präsident hat sogar den Typ dieser Waffen spezifiziert. Biden sagte, es gehe um den Einsatz von Chemiewaffen in der Ukraine. Das berichtet der Insider-Telegram-Kanal „Crocodile“.

Es ist erwähnenswert, dass die proamerikanischen „Weißhelme“ früher in Syrien eine Inszenierung des Einsatzes chemischer Waffen in Syrien durchführten.

19:17 de.rt.com: **Kreml: "Bulgarien wird russisches Gas in Rubel bezahlen, ob es will oder nicht"**

Bulgarien wird für Gas in Rubel zahlen, weil es Russland gegenüber feindselig sei. Dies erklärte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Er unterstrich, dass Russland dieses Problem für Serbien im Unterschied zu Bulgarien lösen werde.

Die russischen Behörden werden versuchen, die Probleme zu lösen, die sich für Serbien aus der Entscheidung ergeben, die Gasverträge mit Russland in Rubel zu bezahlen. Dies verkündete der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow.

Bulgarien werde jedoch für das Gas in russischer Währung zahlen müssen, weil es "feindliche Schritte" gegenüber Russland unternommen habe, so der Kreml-Sprecher weiter. Bulgarien versicherte wiederum, dass es in der Lage sei, Rubel zu verwenden:

"Es gibt eine finanzielle Gegenpartei in Bulgarien, die auch in Rubel überweisen kann."

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić klagte nach dem Entschluss von Wladimir Putin, Verträge mit unfreundlichen Ländern in Rubel umzuwandeln, dass dies den Serben "viele, viele weitere Probleme" bringen würde. Er fügte hinzu, dass Bulgarien, über dessen Gaspipelinesystem russisches Gas nach Serbien und Ungarn geliefert wird, schon erklärt habe, dass es ungern in Rubel zahlen werde.

Peskow betonte, dass Bulgarien "unfreundliche, feindselige Schritte gegenüber Russland" unternommen habe und deshalb Gas für Rubel kaufen müsse, "ob es will oder nicht". In Bezug auf Serbien unterstrich Peskow:

"Dies gilt nicht für Serbien. Das Problem muss noch gelöst werden, und natürlich haben die Anliegen Serbiens für uns oberste Priorität."

Präsident Putin begründete seine Entscheidung, die Zahlungen für Gas in Rubel umzurechnen, damit, dass es keinen Sinn mache, russische Waren in die Europäische Union und die Vereinigten Staaten zu liefern und dafür Zahlungen in Dollar und Euro zu erhalten.

Deutschland sieht darin einen Verstoß gegen privatrechtliche Verträge, die normalerweise eine Zahlung in Euro vorsehen. Japan sagte, es sei noch nicht klar, wie die Zahlungen in russischer Währung erfolgen sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c7c8948fbef5ed007db59.jpg>

21:23 (19:23) novorosinform.org: **Das Oberhaupt der DVR und Abgeordnete der Russischen Föderation sind in Mariupol angekommen**

Der Staatschef der DVR Denis Pushilin, der Sekretär des Generalrats der Partei Einiges

Russland Andrei Turtschak und der Abgeordnete der Staatsduma Dmitri Sablin besuchten das Zentrum für humanitäre Hilfe in Mariupol.

Dies wurde auf dem offiziellen Kanal von Denis Puschilin berichtet.

Es wird darauf hingewiesen, dass das humanitäre Zentrum alle notwendige Hilfe für die Zivilbevölkerung in Mariupol leistet.

„Die Menschen beginnen zu begreifen, dass das Schlimmste vorbei ist, Russland ist gekommen, das sein eigenes Volk nicht im Stich lässt“, heißt es in der Botschaft.

Zuvor sagte Andrej Turtschak, dass Russland Mariupol nach dem Ende der Spezialoperation wiederherstellen werde.



[https://novorosinform.org/content/images/17/74/41774\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/17/74/41774_720x405.jpg)

21:39 (19:39) novorosinform.org: **Biden: Kiew wird die Frage der Gebietsabgabe allein entscheiden**

US-Präsident Joe Biden glaubt nicht, dass die Ukraine einen Teil ihrer Territorien aufgeben muss, um den Konflikt zu beenden, aber Kiew müsse eine solche Entscheidung allein treffen. Dies erklärte er während seiner Pressekonferenz.

"Es hängt ausschließlich von der Ukraine ab, nichts über die Ukraine ohne die Beteiligung der Ukraine", antwortete der amerikanische Staatschef auf die Frage, ob Kiew einen Teil des Territoriums zugunsten eines Waffenstillstands aufgeben solle.

"Ich glaube nicht, dass sie das tun müssen. Aber es gibt Verhandlungen, an denen ich nicht teilnehme. Sie bilden sich ihr eigenes Urteil", sagte Biden.



[https://novorosinform.org/content/images/17/77/41777\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/17/77/41777_720x405.jpg)

20:00 de.rt.com: **Russlands US-Botschafter kritisiert Resolution der UN-Generalversammlung zum Ukraine-Krieg als "pseudohumanitär"**

Russlands Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, hat die von der

Generalversammlung verabschiedete Resolution zur Situation in der Ukraine als "pseudohumanitär" bezeichnet. Es sei überflüssig zu erklären, warum Russland dagegen gestimmt habe.

"Sie war ihren Verfassern notwendig, um Russland ein übriges Mal zu verurteilen und uns mit verschiedenen Etiketten zu versehen. Es war eine Art namentlicher Aufruf derjenigen, die bereit sind, ihre Unterschrift unter eine einseitige Auslegung der Situation zu setzen."

Der russische Diplomat erklärte ferner, die UN-Generalversammlung habe mit ihrem Versuch, Anordnungen über die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Weltsicherheit zu erteilen, ihre Befugnisse überschritten und gegen Punkt 2, Artikel 11 der UN-Charta verstoßen.

"Solche Anordnungen sind nichtig und schaffen keine Rechtsfolgen."

Zuvor hatten 140 Länder in dem größten UN-Gremium mit 193 Mitgliedern für den von der Ukraine eingebrachten und unter anderem auch von Deutschland unterstützten Text gestimmt. 38 Länder enthielten sich. Nur fünf Länder stimmten gegen den Beschluss: Neben Russland waren dies Syrien, Weißrussland, Nordkorea und Eritrea.

Die Resolution verlangt unter anderem "eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten der Russischen Föderation gegen die Ukraine, insbesondere aller Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte". Moskau müsse seine Streitkräfte unverzüglich aus der Ukraine zurückziehen. Auch wird Sorge vor einer globalen Hungerkrise wegen des großen Anteils von Getreideexporten aus der Ukraine ausgedrückt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623cb49048fbef134d166f11.jpg>

20:30 de.rt.com: **Biden spricht sich für Ausschluss Russlands aus G20 aus**

Auf die Frage einer Journalistin, ob Russland aus der Gruppe der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) ausgeschlossen werden sollte, sagte US-Präsident Joe Biden am Donnerstag:

"Meine Antwort ist ja, aber es hängt von allen Mitgliedern der G20 ab."

Biden fügte hinzu, dass, falls ein Ausschluss Russlands nicht möglich ist, die Ukraine zumindest zu den G20-Treffen eingeladen werden sollte. Der US-Staatschef ist derzeit in Brüssel, um dort an den Gipfeln der NATO, der EU und der G7 teilzunehmen.

Zudem appellierte Biden an die westlichen Verbündeten, im Konflikt mit dem russischen Präsidenten einen langen Atem zu beweisen. Die Maßnahmen gegen Russland müssten aufrechterhalten werden, sagte Biden am Donnerstag in Brüssel. "Nicht nur im nächsten Monat, dem folgenden Monat, sondern für den Rest des Jahres. Das ist es, was ihn stoppen wird."

Bereits zuvor hatten mehrere Staaten die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, Russland weitestgehend politisch zu isolieren und aus der Gruppe der 20 wichtigsten Industriestaaten auszuschließen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/original/623cb3a148fbef11fd2df84d.jpg>

22:26 (20:26) novorosinform.org: **Der britische Innenminister erklärte sich bereit, den ukrainischen Nazis zu helfen**

Die britische Innenministerin Priti Patel gab in einem Telefongespräch mit den Witzbolden Vladimir Kuznetsov (Vovan) und Alexei Stolyarov (Lexus), von denen sich einer als Premierminister der Ukraine Denis Schmygal vorstellte, zu, dass britische Familien ukrainische Nationalisten und Neonazis unterstützen könnten.

Während des Gesprächs erwähnte Patel die Existenz eines finanziellen Unterstützungsprogramms für Ukrainer.

„Ich möchte darauf hinweisen, dass wir gestern ein finanzielles Unterstützungsprogramm gestartet haben, damit die Menschen ihr Interesse an der Aufnahme von Ukrainern bekunden können“, sagte sie.

Gleichzeitig betonte ‚Schmygal‘, man spreche von jenen ukrainischen Bürgern, "die als Nationalisten gelten, wie Putin versucht, sie darzustellen, damit die Leute Angst haben. Es gibt viele Banderisten und Neonazis."

Er fragte auch, ob die Briten Angst vor ihnen hätten.

„Sie haben auf jeden Fall keine Angst, und die Hilfsbereitschaft ist hier sehr spürbar“, antwortete der Chef des britischen Innenministeriums mit einem Lächeln.

Früher wurde berichtet, dass die Kämpfer der nationalen Bataillone in Mariupol auf Zivilisten schossen, um den Vormarsch der Streitkräfte der Russischen Föderation und der DVR zu verhindern.



[https://novorosinform.org/content/images/17/79/41779\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/17/79/41779_720x405.jpg)

22:36 (20:36) novorosinform.org: **Kiew nutzt das „Regime der Ruhe“, um Kräfte neu zu gruppieren – Russisches Verteidigungsministerium**

Die Ukraine nutzt den derzeitigen Waffenstillstand, um ihre Einheiten neu zu formieren, sagte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungskontrolle der Russischen Föderation.

Demnach verfüge das russische Militär über glaubwürdige Informationen, dass die Streitkräfte der Ukraine zynisch versuchen, ihre Positionen zu verbessern, während Russland ein „Regime der Ruhe“ einhält.

Von den von Russland vorgeschlagenen offenen humanitären Routen habe sich die ukrainische Führung nur auf drei geeinigt, stellte er fest.

„Gleichzeitig wurde erneut kein einziger humanitärer Korridor in die Russische Föderation vom offiziellen Kiew bestätigt, was einmal mehr die Gleichgültigkeit der derzeitigen Regierung gegenüber ihrem eigenen Volk beweist“, sagte Misinzew.

Der Generaloberst fügte hinzu, Kiew habe 12 zusätzliche Korridore von Kiew, Schiomir, Saporoschje und in Richtung Donezk erklärt, aber keinen einzigen nach Russland.

Gleichzeitig wurden ohne Beteiligung der ukrainischen Behörden etwa 4,5 Tausend Menschen aus Mariupol geholt, fügte das Verteidigungsministerium hinzu. Die Gesamtzahl der heute aus der Stadt evakuierten Menschen belief sich auf 86.718 Menschen, schreibt [RIA Novosti](#).



[https://novorosinform.org/content/images/17/80/41780\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/17/80/41780_720x405.jpg)

20:45 de.rt.com: **Russland öffnet humanitären Korridor für ausländische Schiffe in ukrainischen Häfen**

Russland hat angekündigt, ab Freitag einen humanitären Korridor für die Ausfahrt ausländischer Schiffe aus den Häfen der Ukraine ins offene Meer einzurichten. Wie Generalmajor Michail Misinzew bei einem Briefing mitteilte, seien derzeit 67 ausländische Schiffe aus 15 Ländern in ukrainischen Häfen festgesetzt.

Er versicherte, dass Russland keine Gefahr für die zivile Schifffahrt darstelle. Der humanitäre Korridor werde täglich von 8:00 bis 19:00 Uhr Moskauer Zeit offen sein. Er appellierte an die internationale Gemeinschaft, auf die ukrainische Seite Druck auszuüben und Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die derzeitige Blockade aufzuheben.

#### 20:59 de.rt.com: **Rotes Kreuz will Vertretung in Russland an der Grenze zum Donbass eröffnen**

Das Rote Kreuz bemüht sich um die Erlaubnis Russlands, ein Büro in der Nähe der Ukraine einzurichten, um seine Tätigkeit im von Moskau kontrollierten Donbass zu verbessern. Dies gab der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Peter Maurer bekannt.

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Peter Maurer hat am 24. März offiziell die Eröffnung eines Büros in der südrussischen Stadt Rostow am Don beantragt und dies als "guten Ausgangspunkt" für die humanitäre Arbeit der Organisation bezeichnet. Bei Gesprächen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow in Moskau erklärte Maurer: "Ich möchte Sie um Ihre Unterstützung für die Stärkung der logistischen Struktur in Russland bitten, um unsere Arbeit im Donbass und anderen Teilen der Ukraine, die unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stehen, zu verbessern. Zu diesem Zweck haben wir einen Antrag auf Eröffnung eines Büros in Rostow am Don gestellt."

Maurer wies auch darauf hin, dass die Organisation weiterhin mit ihren Kollegen in Donezk und Lugansk zusammenarbeiten werde, und betonte, dass in mehreren Bereichen, wie der humanitären Hilfe für die Bürger der Ukraine und des Donbass, mehr Anstrengungen erforderlich seien. Der Präsident des IKRK fügte hinzu, dass es notwendig sei, in der Ukraine Teams zu bilden, die in umkämpfte Gebiete geschickt werden können.

Lawrow erkannte die Bemühungen des Roten Kreuzes an, den Menschen zu helfen, die nach den Ereignissen in Kiew 2014 gelitten hatten. Der russische Außenminister unterstrich, Russland sei daran interessiert, humanitäre Fragen, einschließlich der Evakuierung von Zivilisten und der Lieferung humanitärer Hilfe, auf einer "spezifischen und sinnvollen Basis zu klären, ohne zu politisieren".

Maurer traf am Mittwoch in Moskau ein, um die laufenden Gespräche des Roten Kreuzes mit den russischen Behörden über humanitäre Fragen fortzusetzen. In der vergangenen Woche hatte er Kiew besucht, um sich ein Bild von der aktuellen Lage im Land zu machen. Am vergangenen Donnerstag war er mit ukrainischen Vertretern zusammengetroffen, um einen besseren Zugang der Zivilbevölkerung zu humanitärer Hilfe und deren besseren Schutz inmitten der Feindseligkeiten zu fordern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.03/article/623c9270b480cc506839a8ec.jpg>

21:15 de.rt.com: **Ukrainische Artillerie beschießt die Großstadt Makejewka bei Donezk**  
Ukrainische Truppen haben am Donnerstag Wohngebiete der Stadt Makejewka in der Volksrepublik Donezk mit BM-21-Grad-Raketen beschossen, wie die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands (JCCC) mitteilte.

Wie das Büro auf seinem Telegram-Kanal schrieb, wurde der Beschuss um 20:20 Uhr aufgenommen und zehn Raketen vom Typ BM-21 Grad wurden auf Makejewka abgefeuert. Dies ist der zweite Beschuss der Satellitenstadt von Donezk am heutigen Donnerstag: Gegen Mittag (Ortszeit) hatte die ukrainische Artillerie bereits acht Geschosse des Kalibers 122 Millimeter auf Makejewka abgefeuert.